UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 14. Januar 1999
1/1999

Wolfgang Schäuble:

Wir haben die Aktion „Aufbruch '99" gestartet

Die hessische Landtagswahl am 7. Februar und auch alle anderen Wahlen dieses Jahres können gewonnen werden, wenn die CDU ihre Chancen entschlossen nutzt. Auch die Aussichten auf Bundestagswahlen sind nicht schlecht, wenn sich Beherztheit mit dem langen Atem verbindet, den von heute an ein Projekt unbedingt braucht, das die Jahreszahl 2002 im Namen trägt.

In die Aktion „Aufbruch '99" und das Projekt „Wahlsieg 2002" mündeten die Beratungen, zu denen sich der CDU-Bundesvorstand vom 8. bis 10. Januar zu seiner diesjährigen Klausur im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK) traf. Zwanzig Stunden lang analysierten und diskutierten die Mitglieder des höchsten Parteigremiums sowohl die Gründe, die zur Wahlniederlage am 27. September geführt haben, als auch längerfristige Entwicklungen der Zukunft, die sich auf das Wahlverhalten der Bevölkerung auswirken werden.

Parteivorsitzender Wolfgang Schäuble auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Generalsekretärin

Fortsetzung von Seite 3

Angela Merkel: Mit dem Wettbewerb „Mitten im Leben" fordern wir alle Orts- und Kreisverbände auf, sich mit spannenden und interessanten Projekten daran zu beteiligen, für Bürgerinnen und Bürger die Mitarbeit in der CDU attraktiv zu machen.

Aktionen

„Tun Sie was, sonst tut sich nix"

Seit der Bundestagswahl haben 10.000 neue Mitglieder den Weg in die CDU gefunden. Die Bundespartei unterstützt diese Entwicklung durch eine breit angelegte Mitglieder-Werbeaktion.

Bündnisse für Integration von Ausländern

Die CDU wird vielfältige Aktionen starten: **für** mehr und konsequente Integration der hier lebenden Ausländer in unsere Gesellschaft und **gegen** die generelle Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. Zu diesen Aktionen gehören Veranstaltungen unter Einbeziehung von Ausländern in den Orts- und Kreisverbänden und die Sammlung von Unterschriften **für** unser Anliegen und **gegen** die Pläne von Rot-Grün.

„Berliner Gespräche"

Unter diesem Titel beginnt die Bundespartei eine Veranstaltungsreihe, die an wechselnden Veranstaltungsorten in Berlin mit Politikern, Journalisten, Wissenschaftlern und Künstlern kontroverse Fragen deutscher Politik diskutiert.

Wertedebatte

Eine Wertekommission unter Leitung von Christoph Böhr und Dieter Althaus soll eine breite Debatte über die gemeinsamen Werte im vereinten Deutschland anstoßen.

„Mitten im Leben"

So heißt ein bundesweiter Wettbewerb, der vielfältige Aktivitäten der Orts- und Kreisverbände der CDU vor Ort einer großen Öffentlichkeit präsentieren soll. Auf dem Erfurter Parteitag vom 25. bis 27. April werden die Preisträger vorgestellt.

Beschluß des CDU-Bundesvorstands: Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen

Aufbruch '99

Auf dem 11. Parteitag am 7. November 1998 hat die CDU die ***personelle Erneuerung*** vorgenommen. Auf der Klausurtagung des Bundesvorstands vom 8. bis 10. Januar hat die CDU die ***inhaltliche Erneuerung*** eingeleitet. Das Projekt ***„Wahlsieg 2002"*** hat damit begonnen. ***„Aufbruch '99"*** ist das Motto dieses Jahres.

CDU

DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE

NR. 1

„Wir wollen in unser Ringen um Lösungen die Menschen stärker einbeziehen und sie einladen, mit uns zu diskutieren. Wir wollen ihnen zuhören und ihnen unsere Überlegungen nahebringen."

Wolfgang Schäuble

Das sind die Kernpunkte der modernsten Gesellschaft Europas

● **Arbeit für alle:** Die CDU hält an diesem Ziel fest. Es gilt für Jung und Alt, für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose.

● **Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand:** Auf diesem Weg soll den Arbeitnehmern insbesondere in den neuen Bundesländern eine gerechte Einkommensverteilung gesichert werden. Der Staat schafft die Rahmenbedingungen, die Tarifpartner schließen entsprechende Tarifverträge ab.

● **Weltklasse in der Bildung:** Angesichts der rapiden Zunahme des Wissens und des globalen Wettbewerbsdrucks muß das deutsche Bildungswesen internationalen Maßstäben genügen.

● **Niedrige Steuern:** Deutschland braucht eine Steuererform, die zu deutlich niedrigeren Steuern und zu einem Steuerrecht mit nur wenigen Ausnahmen und mit einer spürbaren Entlastung der Bürger führt.

● **Preisstabilität:** Sie ist die beste Sozialpolitik für Rentner, Sparer und Verbraucher. Von niedrigen Zinsen profitieren Investoren und "Häuslebauer".

● **Aufbau Ost:** Seit der Wiedervereinigung hat der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Ländern große Fortschritte gemacht. Dennoch muß auf absehbare Zeit der Aufbau Ost weiterhin Vorrang haben vor dem Ausbau West.

● **Innere Sicherheit:** Die Bürger haben ein Recht darauf, und der Staat ist in erster Linie da, den Bürger zu schützen und nicht den Täter.

● **Neue Technologien:** Für Wohlstand und soziale Sicherheit ist ein forschungs- und technikfreundliches Klima unabdingbar. Gleichzeitig muß aber technischer Fortschritt ethisch gesteuert werden.

● **Nachhaltigkeit:** Wachstum und Wohlstand müssen mit den Erfordernissen der Natur im Einklag stehen.

● **Familie im Mittelpunkt:** Sie bleibt auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen die Lebensgemeinschaft der Zukunft. Politik muß aber auch auf veränderte Strukturen reagieren und z.B. dazu beitragen, daß Familien- und Berufsarbeit besser miteinander vereinbart werden können.

● **Europa der Bürger:** Der Start des EURO war erfolgreich. Die Europäische Union muß freiheitlich, demokratisch, föderal und subsidiär sein und braucht ein einheitliches Rechtssystem.

● **Sicherheit nach außen:** Deutschland muß ein verläßlicher Partner bleiben. Zur NATO gibt es keine Alternative. Sie darf als Garant für Frieden, Freiheit und Stabilität nicht geschwächt werden.

Reich und vielfältig...

ist das Innenleben der CDU. Mit Arbeitslosenprojekten, Arbeit mit Aussiedlern, Kontakten zu Ausländergruppen, durch Vereinsarbeit, ehrenamtliches Engagement, Jugendbetreuung, Seniorenbetreuung, Initiativen zur Gründung von Kindertagesstätten, schulische und außerschulische Betreuung, Stadtteilinitiativen, Verkehrsforen und vieles andere mehr zeigt die CDU den Bürgerinnen und Bürgern: ***„Wir stehen mitten im Leben."***

Gerade die Kommunen...

sind die eigentlichen Träger politischer Erneuerung. Das beginnt bei der kommunalen Beschäftigungsförderung und reicht bis zur Organisation von Bürgerarbeit. Das beginnt bei städteplanerischen Ansätzen zur Wiederbelebung der Innenstädte und reicht bis zu Konzepten, wie Stadtwerke, Verkehrsbetriebe, Polizei, Geschäftsleute und Bürger Sicherheit und Ordnung wieder besser in den Griff kriegen können.

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle · Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit · Konrad-Adenauer Haus · 53113 Bonn

Januar 1999

Fortsetzung von Seite 3

Angela Merkel am 10. Januar im Konrad-Adenauer-Haus: „Wir haben eine sehr offene Aussprache geführt und eingehend unsere Möglichkeiten erörtert, wie wir in Zukunft wieder Mehrheiten gewinnen können."

Experten der Meinungs-, Wahl- und Politikforschung haben ihren Beitrag zur notwendigen Klärung geleistet und an Fragen der Kommunikation im Medienzeitalter die Kriterien entwickelt, die auch bei den Vorbereitungen des Europawahlkampfs eine wichtige Rolle spielen.

„Das Ergebnis unserer Beratungen" - so Schäuble - „ist auch: Wir sind uns darüber einig, daß die Union ihren Grundsätzen treu bleibt. Daran ändert das Wahlergebnis vom September nichts. Wir bleiben die große Volkspartei, die zur Mitte hin integriert."

Anders, als es der CDU in den zurückliegenden Jahren gelungen ist, wird die CDU künftig ihre grundsätzliche Position in einem breiten Dialog mit allen Bevölkerungsgruppen weiterentwickeln und dabei gerade auch an der komunalen Basis, in den Orts- und Kreisverbänden aktiv werden.

Antworten erfahrbar machen

Wolfgang Schäuble: „Wir müssen neue Antworten auf neue Herausforderungen finden und zugleich unsere Antworten für die Menschen erfahrbar machen."

Die modernste Gesellschaft in Europa zustande bringen, ist das Ziel. Dabei setzt die CDU auf Freiheit und Verantwortlichkeit. Denn um notwendige Innovationen durchzusetzen, ist der frei und verantwortlich handelnde Mensch den schwerfälligen Bürokratien überlegen.

Wolfgang Schäuble: „Wir wollen so schnell wie möglich das Potential nutzen, das in den schöpferischen Kräften der Menschen steckt, in ihrer Fähigkeit zu Phantasie für Neues und zu Solidarität mit anderen." ▶

INHALT

Aufbruch '99
Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen. Beschluß des Bundesvorstands auf der Klausurtagung in Königswinter. Seite 6

Integration
Unser Ziel ist eine Kultur der Toleranz und des Miteinander. Beschluß des Bundesvorstands auf der Klausurtagung in Königswinter. Seite 12

Landtagswahl
Volker Rühe Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein. Seite 13

Politik der Mitte
Generalsekretärin Angela Merkel: Die „neue Mitte" kommt wieder nach Hause. Seite 14

Mitten im Leben. Bundesweiter Wettbewerb der Ideen und Aktionen. Vorgestellt auf der Kreisgeschäftsführerkonferenz in Berlin. Seite 17-20

Ausblick
Wolfgang Schäuble: Politik für Deutschland – gegen das rot-grüne Chaos. Seite 21

Bundeshaushalt
Noch vor der Hessen-Wahl muß Klarheit herrschen. Seite 26

Mitten im Leben
Wolfgang Schäuble: Wir kümmern uns. Das muß das Motto vielfältiger Aktivitäten sein, die verdeutlichen, daß die CDU mitten im Leben steht. Brief des Parteivorsitzenden an die Mandats- und Funktionsträger der CDU. Seite 27

Gegenüberstellung
100 Tage Schröder-Regierung. Eine ernüchternde Bilanz. Von Dietrich Austermann. Seite 32

Hessen
„Die Hessen-Wahl ist zu gewinnen!" Eröffnung der heißen Wahlkampfphase in Kassel. Seite 36

Baden-Württemberg
Ein starkes Land voller Ideen und Chancen. Aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Erwin Teufel. Seite 42

UID-Extra
Tun Sie was, sonst tut sich nix. Mitglieder werben Mitglieder. Innenteil

Beispiel: Es ist richig, auf Steuer- und Abgabensenkungen zu setzen, und falsch, das Umverteilungsdurcheinander der Schröder-Regierung mitzumachen, die vor Weihnachten ihre Wahlgeschenke verteilt hat und jetzt vor dem Offenbarungseid steht, weil sie nicht weiß, wer die Geschenke bezahlen soll.

Eine Schlüsselrolle wird in den kommenden Jahren die Bildungspolitik spielen. Wenn es der Union darum geht, die modernste Gesellschaft Europas zu schaffen, dann führt der Weg dorthin über Erziehung, Lehre und Ausbildung, über Schule, Betrieb und Hochschule.

Wolfgang Schäuble: „Wir sind davon überzeugt, daß wir Grund zur Zuversicht haben. Schwierigkeiten, Probleme und Risiken dürfen deshalb nicht Pessimismus und Resignation zur Folge haben noch unseren Mut zur Zukunft beeinträchtigen."

Beispiel: Wenn wir auf den technologischen Fortschritt setzen, sehen wir durchaus die Risiken und Gefahren, aber wir verlieren dabei die Chancen nicht aus den Augen.

Integration – das war immer unser Ziel

Der Bundesvorstand hat sich intensiv mit der Frage beschäftigt, wie die auf Dauer in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürger so gut wie möglich integriert werden können.

Wolfgang Schäuble: „Integration - das ist immer unser Ziel gewesen. Um es zu verwirklichen, werden wir vielfältige Initiativen ergreifen, ein Integrationskonzept in Kürze verabschieden und einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts im Deutschen Bundestag einbringen."

Um Integration fördern zu können, muß eine wichtige Voraussetzung erfüllt sein: ausländische und deutsche Mitbrüger müssen bereit sein, aufeinander zuzugehen.

Wolfgang Schäuble: „Wir werden unser Ziel, eine Kultur des Miteinander und der Toleranz, umso eher erreichen, je besser es uns gelingt, unsere erfolgreiche Politik, der Zuzugsbegrenzung fortzusetzen."

Doppelte Staatsbürgerschaft im Regelfall bekämpfen

Natürlich gehört zu einer Kultur des Miteinander, daß der Erwerb der Staatsbürgerschaft erleichtert wird; er wird aber allgemein als Abschluß einer geglückten Integration verstanden.

Der Erwerb der Staatsbürgerschaft sollte deshalb nicht zur Vorbedingung für die Integration gemacht werden. Auf keinen Fall aber fördert die regelmäßige Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft die Integration der auf Dauer in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürger. Sie verschlechtert sie und macht sie in manchen Fällen geradzu unmöglich.

Wolfgang Schäuble: „Wir sind deswegen mit den allermeisten Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land der Überzeugung, daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die doppelte Staatsbürgerschaft im Regelfall, wie die neue Bundesregierung sie mit ihrer Mehrheit durchsetzen will, verhindern müssen. Dazu haben wir eine Aktion beschlossen, die Integrationsförderung und Bekämpfung des Vorhabens der Schröder-Regierung miteinander verbindet."

Unsere Erfolge in der Europapolitik sind geradezu mit Händen zu greifen

Die Einführung der europäischen Währung in diesen Tagen führt auch den kritischsten Beobachtern den großen Erfolg der Europapolitik der Union eindrucksvoll vor Augen.

Wolfgang Schäuble: „Wir erleben den Beweis dafür, daß an der Schwelle zum kommenden Jahrhundert mit der geglückten

Generalsekretärin Angela Merkel:

UiD jetzt auch online unter CDU-intern im Internet

Das Internet hat besonders in den letzten Monaten für die politische Arbeit deutlich an Bedeutung gewonnen.

Wir werden es auch in Zukunft als Medium für die direkte Kommunikation mit Ihnen nutzen und Sie mit einem attraktiven Angebot über unsere politischen Vorstellungen und unsere Arbeit informieren.

Unter „CDU-intern" finden Sie in Zukunft Informationen und Hinweise, die speziell für sie als Mitglied von Interesse sind. Dazu gehören u.a. besondere Angebote für Mitglieder (siehe „Service") sowie Vorab-Veröffentlichungen von Beiträgen aus Union-Magazin und UiD.

In Kürze wird Ihnen auch ein Internet-Baukasten die Erstellung einer eigenen CDU-Internet-Homepage leicht machen.

Wenn Sie Anregungen und Fragen an uns richten wollen, schreiben Sie uns eine E-Mail: **redaktion@cdu.de**

Weiterhin viel Freude beim Surfen und vielen Dank für Ihr Interesse!

europäischen Einigung nach der Wiedervereinigung auch die zweite große politische Vision der Deutschen Wirklichkeit werden kann."

Wenn es noch eines Beweises für die Richtigkeit europäischer Einigungspolitik bedurft hätte: der glänzende Start der Europäischen Währungsunion, die Stabilitätserwartungen in allen Ländern der Union und das hohe Vertrauen in der ganzen Welt in die neue gemeinsame europäische Währung haben ihn erbracht.

Vor diesem Hintergrund will die CDU ihren Europa-Wahlkampf führen und den Bürgerinnen und Bürgern klar machen:

- **Ein starkes Europa** liegt im Interesse der Deutschen.
- **Ein starkes Europa** garantiert wirtschaftliche und soziale Stabilität.
- **Eine starke europäische Währung** macht uns und alle anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft fit für den global gewordenen Wettbewerb.
- **Ein starkes Europa** braucht eine Reform der Agrar- und Regionalpolitik, eine Reform der europäischen Finanzverfassung und eine faire Verteilung der Beitragslasten.
- **Ein starkes Europa** braucht aber auch eine noch stärkere demokratische Legitimation europäischer Entscheidungen, einen stärkeren Einfluß des Europäischen Parlaments, damit beides - Entscheidungen und Kontrolle - für die Menschen erfahrbar wird.

Wolfgang Schäuble: „Wir werden den europäischen Wahlkampf nutzen, um die Menschen weiter dafür zu gewinnen, daß nationales Interesse und europäische Einigung kein Gegensatz ist, sondern das Fundament für eine gute Zukunft auch im kommenden Jahrhundert." ■

Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen

Mit dem Bundesparteitag am 7. November 1998 wurde die personelle Erneuerung der CDU vorgenommen. Mit der Klausurtagung des Bundesvorstands ist die inhaltliche Erneuerung eingeleitet worden. Das Projekt „Wahlsieg 2002" hat heute begonnen. „Aufbruch '99" ist das Motto dieses Jahres.

Die Volkspartei CDU

Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, Soziale Marktwirtschaft, Westintegration, Wiedervereinigung, vereintes Europa – die CDU hat die Bundesrepublik Deutschland wie keine andere Partei geprägt. In ihr haben sich seit 1945 Frauen und Männer, Alte und Junge, Katholiken und Protestanten, Heimatverbliebene und Heimatvertriebene, Schüler, Auszubildende und Studenten, Arbeitslose, Arbeitnehmer, Unternehmer, Hausfrauen und Landwirte vereint. Die CDU ist Volkspartei der Mitte.

Doch die Mitte ist in Bewegung geraten. Auch die Bindungen an Kirchen und Religion haben abgenommen. Es wäre verhängnisvoll, wenn die CDU einfach versuchte, sich diesen Trends, dem Zeitgeist, anzupassen. Es wäre aber ebenso verhängnisvoll, wenn die CDU den Zeitgeist einfach ignorierte. Es geht vielmehr darum, prägend auf geistige, kulturelle und soziale Entwicklungen sowie gesellschaftliche Grundströmungen zu wirken. Dieser Aufgabe wird sich die CDU in der Opposition offensiv stellen.

Dazu werden wir in der CDU eine neue Diskussionskultur entwickeln. Zu sehr haben die Anforderungen der Regierungsarbeit nach Kompromißsuche und Koalitionstreue auch das Parteileben bestimmt. Wir begreifen die Opposition deshalb auch als Chance, die Parteiarbeit wieder lebendiger werden zu lassen. Dabei geht es nicht um einen Debattierclub mit Diskussion um der Diskussion willen.

Streit und Diskussion in der Sache führen wir vielmehr mit dem Ziel, die CDU wieder mehrheitsfähig zu machen. Wir wollen die Menschen stärker einbeziehen in unser Ringen um Lösungen. Wir wollen sie einladen, mit uns zu diskutieren, wir wollen ihnen zuhören, ihnen unsere Überlegungen nahebringen, sie überzeugen. So organisieren wir neue Mehrheiten für die Politik der Union.

Die CDU ist 1982 als Reformpartei angetreten und war 16 Jahre lang die Partei in Deutschland, die notwendige Reformen im Interesse der Zukunft unseres Landes

Beschluß des Bundesvorstands

mutig angepackt und entschlossen verwirklicht hat. Wir haben für diese Reformen immer wieder den Konsens mit allen Beteiligten gesucht und häufig auch gefunden.

Jeder – in Politik und Gesellschaft – muß seiner besonderen Verantwortung gerecht werden. Darüber waren sich auch die Teilnehmer am „Bündnis für Arbeit" 1996 einig. Um so bedauerlicher ist es, daß das „Bündnis für Arbeit" 1996 letztlich nicht vereinbart werden konnte.

Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, der Grundidee von Partnerschaft und Kooperation zwischen gesellschaftlichen Gruppen mit an sich gegensätzlichen Interessen. Wir werden in der Opposition verstärkt Brücken zu den Gruppen in unserer Gesellschaft schlagen, z.B. zu den Kirchen, den Gewerkschaften und Arbeitgebern, Umweltverbänden, Familienverbänden und der Wissenschaft. So werden wir als Volkspartei der Mitte neu wahrgenommen.

Den Anforderungen einer Volkspartei der Mitte werden wir uns gerade auch in den neuen Bundesländern stellen, wo die CDU sich zum Teil mit Mehrheiten von SPD und PDS konfrontiert sieht. Wir dürfen uns weder in schablonenhafter Abwehr noch in unnötiger Anbiederung von der PDS abhängig machen. Die PDS darf nicht zum Kronzeugen ostdeutscher Interessen werden. Die PDS spaltet, sie lebt von den Problemen und Rückschlägen beim Aufbau Ost. Wir dagegen wollen die Menschen von den Werten unserer freiheitlichen Grundordnung überzeugen.

Wir wollen nach dem Scheitern der sozialistischen Planwirtschaft die Menschen davon überzeugen, daß die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft die tatsächlich einzig menschenwürdige und demokratiefähige Alternative ist. Dies haben wir noch nicht ausreichend deutlich machen können. Dies zu vermitteln, wird deshalb in einer Wertedebatte vor dem Hintergrund sowohl ost- als auch westdeutscher Lebenserfahrungen, einer Mitgliederwerbeaktion und – sofern dies nicht bereits geschieht – im Ausbau einer bürgernahen CDU mit Bürgersprechstunden und Nachbarschaftsprojekten eine der Hauptaufgaben der CDU in Ostdeutschland sein.

Die CDU wird als Volkspartei der Mitte keine Fundamentalopposition betreiben, sondern eine konstruktive Oppositionspolitik. Das bedeutet die Schärfung unseres christdemokratischen Profils als Volkspartei. Das bedeutet auch den Angriff auf die Fehler der Bundesregierung. Das eine geht nicht ohne das andere. Wir werden deutlich machen, was die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in unserer heutigen Zeit angesichts von Globalisierung und rasanter technologischer Entwicklung bedeuten. Wir werden uns wieder mehr auf die Gruppen in unserer Gesellschaft zubewegen, die wie wir für das christliche Menschenbild eintreten.

Dazu gehören neue Lösungen für brennende Zukunftsfragen unserer Politik:

Wie vermitteln wir jedem eine Beschäftigungschance? Welchen Leitbildern sozialen Zusammenlebens wollen wir folgen? Wie sichern wir der jungen Generation die Voraussetzungen, die sie braucht, um sich ihren Platz in einer sich rasch wandelnden Welt erobern zu können? Wie lautet unsere Antwort auf die Bereitschaft der älteren Generation, sich selbst und ihren Erfahrungsschatz einzubringen. Was müssen wir tun, damit unsere Städte und Gemeinden auf Dauer lebenswert und liebenswert für uns bleiben? Wie verwirklichen wir ein einiges Europa, in dem sich unsere Bürger zuhause fühlen, mit dem sie sich identifizieren? Wie sichern wir Frieden und Menschenrechte überall auf dieser Welt? Wie können wirtschaftliches Wachstum und schonender Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen in Einklang gebracht werden? In welchem Verhältnis sind Innovation auf der einen und Risiken neuer Technologien auf der anderen
Seite zu bewerten?

Wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit werden durch Innovation und Globalisierung gefördert. Innovation und Globalisierung können aber von den Menschen nur bewältigt werden, wenn auch über die Grenzen des Machbaren gesprochen wird. Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen.

Diese Gesellschaft eröffnet dem einzelnen Entfaltungsmöglichkeiten, fordert Gemeinsinn ein, eröffnet die Chancen zu neuen Entwicklungen und sieht im Wissen um Gottes Schöpfung auch die Risiken und Grenzen von Entwicklungen.

Das sind die Kernpunkte der modernsten Gesellschaft Europas:

● Arbeit für alle

Die CDU hält am Ziel „Arbeit für alle" fest. Dieses Ziel gilt für Jung und Alt, für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose. Umverteilungsmodelle, wie sie die Bundesregierung mit ihren Frühverrentungsplänen verfolgt, sind keine angemessene Problemlösung. Auch ein „Bündnis für Arbeit" hilft nicht weiter, wenn es nichts anderes als ein Kartell der in großen Verbänden organisierten Interessen ist.

● Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand

Die Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand ist eine soziale Notwendigkeit und ein Weg, um den Arbeitnehmern eine gerechte Einkommensverteilung zu sichern. Dies gilt insbesondere für die Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern, die unter den Bedingungen des Sozialismus kaum Kapital bilden konnten. Wir treten dafür ein, daß der Staat die zur Bildung von Produktivvermögen notwendigen Rahmenbedingungen schafft und die Tarifpartner entsprechende Tarifverträge abschließen.

● Weltklasse statt Kreisklasse in der Bildung

Angesichts der Zunahme des Wissens und des globalen Wettbewerbsdrucks muß das deutsche Bildungswesen in seinen Ergebnissen internationalen Maßstäben genügen. Wo dies nicht der Fall ist, sind umgehende Korrekturen dringend geboten.

● Niedrige Steuern für alle statt bloßes Umverteilen

Die Bundesregierung reformiert nicht das Steuersystem, sondern verändert das System durch bloße Umverteilung. Die Steuersätze bleiben hoch. Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes werden neue Verbrauchssteuern die Energie verteuern. Ein positiver Effekt für den Umweltschutz ist damit nicht verbunden. Deutschland braucht eine Steuerreform, die zu deutlich niedrigeren Steuern, einem überschaubaren Steuerrecht mit nur wenigen Ausnahmen und einer spürbaren Entlastung der Bürger führt.

● Preisstabilität statt Wohltaten auf Pump

Die Bundesregierung plant zahlreiche Förderprogramme, Subventionen und Staatsinterventionen, die sich zu Milliarden-Beträgen aufaddieren. Wie diese Summen finanziert werden sollen, darauf bleibt Rot-Grün die Antwort schuldig. Deutschland braucht weiterhin Preisstabilität. Sie ist die beste Sozialpolitik für Rentner, Sparer und Verbraucher. Von niedrigen Zinsen profitieren vor allem Investoren und Häuslebauer.

● Aufbau Ost

Seit der Wiedervereinigung hat der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern große Fortschritte gemacht. Dennoch muß auf absehbare Zeit der Aufbau Ost weiterhin Vorrang haben vor dem Ausbau West.

● Wettbewerb im Föderalismus statt Gleichmacherei

Die steigenden Kompetenzen der Europäischen Union und die Globalisierung der

Strukturen erfordern eine Neuorientierung der Kompetenzen in der Bundesrepublik Deutschland und eine Ausgestaltung des Prinzips der Subsidiarität. Notwendig ist eine Stärkung der Eigenverantwortung der Bundesländer und der Kommunen. Es muß daher wieder eine spürbare Stärkung des Wettbewerbs unter den Ländern und eine Vitalisierung der bürgernahen Entscheidungsebenen in Gang gesetzt werden.

● Innere Sicherheit schaffen – Rechtsbruch nicht tolerieren

Die Bürger haben ein Recht auf Sicherheit. Der Staat ist in erster Linie dafür da, den Bürger zu schützen und nicht den Täter. Nicht die Gesellschaft ist für das Verbrechen verantwortlich, sondern der Täter. Wer sagt: hart gegen das Verbrechen, aber auch hart gegen die Ursachen, der muß auch sagen: Wehret den Anfägen.

● Chancen neuer Technologien nutzen

High-tech ist eine wesentliche Grundlage unseres Wohlstandes und unserer sozialen Sicherheit. Ein forschungs- und technikfreundliches Klima in unserem Lande ist unabdingbar. Wir Christliche Demokraten treten gleichzeitig dafür ein, daß technischer Fortschritt immer auch der ethischen Steuerung bedarf. Nicht die bedenkenlose Eroberung des Neuen, sondern die Zusammenführung der technischen und moralischen Vernunft des Menschen ist unser Leitbild und Ziel.

● Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung in Einklang bringen

Wachstum und Wohlstand müssen den Erfordernissen der Natur Rechnung tragen. Als Fortschritt kann nur das bezeichnet werden, was von den Bedingungen der Natur mitgetragen wird.

● Familie

Im Mittelpunkt einer menschlichen Gesellschaft steht für uns die Familie. Sie bleibt auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen die Lebensgemeinschaft der Zukunft. Es ist unübersehbar, daß familiale Strukturen heute in weitaus vielfältigerer Weise gelebt werden. Politik muß auf diese veränderten Strukturen reagieren. Hierzu gehören z.B. Rahmenbedingungen für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit.

● In den Kommunen miteinander leben und füreinander einstehen

Die kommunale Ebene bietet die besten Möglichkeiten, Ziele in subsidiärer Verantwortung zu erreichen. Wir unterstützen ausdrücklich die ehrenamtliche Tätigkeit, z.B. im Sport. Umweltpatenschaften, Brauchtumspflege, Hilfe für Bedürftige - solch subsidiäres Handeln der Bürger ist nicht nur ein demokratisches Freiheitsrecht, sondern zugleich eine solidarische Bürgerpflicht. So kann das Leben im Zusammenleben mit anderen gestaltet werden.

● Integration von Ausländern fördern

Die CDU wird vielfältige Aktionen starten für mehr und konsequente Integration der hier lebenden Ausländer in unsere Gesellschaft und gegen die generelle Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit, die die Integration nicht fördern, sondern behindern würde.

Zu diesen Aktionen gehören Veranstaltungen unter Einbeziehung von Ausländern für Bündnisse für Integration in den Orts- und Kreisverbänden und die Sammlung von Unterschriften für unsere Anliegen und gegen die Pläne von Rot-Grün.

● Europa der Bürger

Wir wollen nach dem erfolgreichen Start des Euro das Europa der Bürger verwirklichen. Die Europäische Union muß freiheitlich, demokratisch, föderal und subsidiär gestaltet und ein einheitliches Rechtssystem eingeführt werden.

● Deutschlands Sicherheit in der Welt als verläßlicher Partner erhalten

Zur Nato gibt es keine Alternative. Sie darf als Garant für Frieden, Freiheit und Stabilität nicht, wie zuletzt von Rot-Grün, geschwächt, sondern muß gestärkt werden.

Die CDU auf dem Weg zur modernsten Volkspartei Europas – Aktion „Mitten im Leben"

Aufgaben, die der einzelne, die die „kleinen Einheiten" selbst erfüllen können, sollen die übergeordneten Einheiten nicht an sich ziehen. Das ist der Kerngedanke der Subsidiarität als dem wesentlichen Organisationsprinzip von Solidarität. Ihm wollen wir wieder stärker zur Geltung verhelfen. Das bedeutet z.B. die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung gegenüber dem Zentralismus von Gebietskörperschaften.

Gerade die Kommunen sind die eigentlichen Träger politischer Innovation. Das beginnt bei der kommunalen Beschäftigungsförderung, wo zahlreiche Städte, Landkreise und Gemeinden heute in der Arbeitsvermittlung für Langzeitarbeitslose, in der Organisation von Brücken aus dem zweiten in den ersten Arbeitsmarkt, in der Zusammenarbeit von Sozialämtern und Arbeitsämtern vor Ort Vorbildliches leisten.

Es reicht über vielfältige Projekte zur wechselseitigen Unterstützung von Jung und Alt in unserer Gesellschaft bis zur Organisation von Bürgerarbeit, kommunal angeleiteter ehrenamtlicher Tätigkeit in einer Vielzahl von Einsatzbereichen.

Das reicht von städteplanerischen Ansätzen zur Wiederbelebung unserer von sozialer Verödung bedrohten Innenstädte bis zu kommunalen Konzepten, wie in Zusammenarbeit von Stadtwerken, Verkehrsbetrieben, kommunalem Polizeidienst, betroffenen Geschäftsleuten und Bürgern Sicherheit und Ordnung in den Brennpunkten unserer Städte wieder besser in den Griff zu bekommen sind. Projekte zur verbesserten Integration von Ausländern und Minderheiten gehören ebenso dazu wie Vorhaben zur Umsetzung des Umweltprogramms „Agenda 21".

Und überall ist die CDU dabei, stehen wir „mitten im Leben". Unsere Partei entfaltet vor Ort, in den Ortsverbänden, Kreisverbänden, Bezirksverbänden eine Vielfalt an Initiativen und Aktivitäten – Arbeitslosenprojekte, Arbeit mit Aussiedlern, Kontakte zu Ausländergruppen, Vereinsarbeit, ehrenamtliches Engagement, Jugendbetreuung ebenso wie Seniorenbetreuung, Initiativen zur Gründung von Kindertagesstätten, schulische und außerschulische Betreuung, Stadtteilinitiativen, Verkehrsforen, und damit lange noch kein Ende.

So vielfältig die Themen und Anlässe, so vielfältig die Formen dieses Engagements – ad-hoc-Gruppen und Dauereinrichtungen, Ein-Punkt-Aktionen und breit angelegte Einrichtungen. Häufig verlieren die Beteiligten gar nicht viele Worte über ihr Engagement. Wir sollten aber darüber reden, zeigen, wie reich und vielfältig das Innenleben unserer Partei ist, damit gute Ideen auch weitergegeben werden können. Dies ist gerade mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen von größter Bedeutung. Deshalb hat die CDU Deutschlands eine Aktion „Mitten im Leben" gestartet. Sie umfaßt:

● Mitgliederwerbung „Tun Sie was, sonst tut sich nix"

Seit der Bundestagswahl haben 10.000 neue Mitglieder den Weg in die CDU gefunden. Die Bundespartei unterstützt diese Entwicklung durch eine breit angelegte Mitgliederwerbeaktion. Sie beginnt im Januar und soll den „Aufbruch '99" das ganze Jahr hindurch unterstützen.

● Bündnisse für Integration statt genereller doppelter Staatsbürgerschaft

Die CDU wird vielfältige Aktionen starten für mehr und konsequente Integration der hier lebenden Ausländer in unsere Gesellschaft und gegen die generelle Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit, die die Integration nicht fördern, sondern behindern würde. Zu diesen Aktionen gehören Veranstaltungen unter Einbeziehung von Ausländern für Bündnisse für Integration in den Orts- und Kreisverbänden und die Sammlung von Unterschriften für unsere Anliegen und gegen die Pläne von Rot-Grün.

● „Berliner Gespräche"

Unter diesem Titel beginnt die Bundespartei eine Veranstaltungsreihe, die an wechselnden Veranstaltungsorten in Berlin mit Politikern, Journalisten, Wissenschaftlern und Künstlern kontroverse Fragen deutscher Politik diskutiert, z.B.:

- ▶ „Berliner Republik" – Bekommt Deutschland ein anderes Gesicht?
- ▶ Ausländer und Deutsche – Gemeinsam leben, aber wie?
- ▶ An der Wende zum nächsten Jahrtausend
- ▶ Zwischen Angst und Hoffnung?
- ▶ Berlin – Eine geeinte Stadt?
- ▶ Kultur – Eine Angelegenheit des Staates?
- ▶ Was erwarten unsere europäischen Nachbarn von der neuen Hauptstadt?
- ▶ Es ist sozial, was Beschäftigung schafft.
- ▶ Anforderungen an den Sozialstaat
- ▶ Familie ist, wo Kinder sind?

● Deutsche Einheit – Eine Wertedebatte für ganz Deutschland

Der CDU-Bundesvorstand setzt eine Wertekommission unter Leitung von Christoph Böhr und Dieter Althaus ein. Ziel ist eine breite öffentliche Debatte über die gemeinsamen Werte im vereinten Deutschland. Die Kommission hat die Aufgabe, ein Papier zu erarbeiten, das als Grundlage für eine umfassende gesamtdeutsche Wertediskussion in der CDU dient.

● „Das ist unser Land" – 50 Jahre Bundesrepublik

Zum 50. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik führen die Orts- und Kreisverbände eigene Festveranstaltungen durch. Diese werden genutzt, Mitbürger für ihre Aufbauleistungen nach dem Krieg, für besonderes gesellschaftliches Engagement oder persönliche Leistungen zu ehren.

● „Das ist unser Land" – Auf dem Weg zur modernsten Gesellschaft Europas

Unter diesem Titel wird ein Leitantrag für den Bundesparteitag in Erfurt erarbeitet, der die Zielvorstellungen der CDU für die Zukunft unseres Landes konkretisiert.

● Bundesweiter Wettbewerb „Mitten im Leben"

Ziel des bundesweiten Wettbewerbs „Mitten im Leben" ist es, die vielfältigen Aktivitäten der CDU-Orts- und Kreisverbände vor Ort einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren. Auf dem Bundesparteitag in Erfurt werden die eingegangenen Beiträge präsentiert und die Preisträger bestimmt. ■

Beschluß des CDU-Bundesvorstands:

Unser Ziel ist eine Kultur der Toleranz und des Miteinander

Die Integration der auf Dauer in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für die Zukunftsfähigkeit unserer Freiheits- und Rechtsordnung von entscheidender Bedeutung.

Integration erfordert, daß beide Seiten aufeinander zugehen, Toleranz für andere Lebensart einerseits und das Bemühen, in unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit heimisch zu werden, andererseits. Integration ist weder einseitige Assimilation noch unverbundenes Nebeneinander auf Dauer. Ein Beispiel für gelungene Integration sind die EU-Bürger, die bei uns leben.

Unser Ziel ist eine Kultur der Toleranz und des Miteinanders. Deshalb setzt die CDU auf ein Integrationskonzept für alle Ebenen staatlichen Handelns. Mit Bündnissen für Integration wird die CDU in ihren Orts- und Kreisverbänden Integrationsprojekte vielfältig anstoßen und unterstützen. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind eine Bereicherung unserer Gesellschaft. Ihre Integration ist nicht nur Notwendigkeit, sondern politische Chance und Ziel unseres Wollens.

Politik der Zuzugsbegrenzung konsequent fortführen

Ohne eine strikte Begrenzung weiteren Zuzugs werden alle Integrationsbemühungen letztlich scheitern. Die CDU wird deshalb ihre erfolgreiche Politik der Zuzugsbegrenzung konsequent fortführen und fordert die Bundesregierung auf, sich dieser Politik nicht nur in Worten, sondern auch in Taten anzuschließen.

Für die Neuregelung unseres Staatsangehörigkeitsrechts wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Kürze einen Gesetzentwurf vorlegen. Ziel ist eine Erleichterung der Einbürgerung für die Ausländer, die sich integrieren wollen und die sich auf Dauer für Deutschland als ihren Lebensmittelpunkt entscheiden.

Die Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts ist auch notwendig mit Blick auf die hier geborenen Kinder dauerhaft rechtmäßig hier lebender Ausländerinnen und Ausländer. Die regelmäßige Hinnahme doppelter Staatsangehörigkeit schadet dem Integrationsziel.

...versucht, dauerhaft in zwei Welten leben zu können

Ziel unserer Bemühungen ist die dauerhafte Einbeziehung der in unserem Land lebenden ausländischen Mitbürger in unsere Gesellschaft. Diese Einbeziehung setzt eine Entscheidung voraus. In der Aufgabe der bisherigen und in der Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft sehen wir ein solches Zeichen.

Die generelle doppelte Staatsbürgerschaft birgt die Gefahr, daß man versucht, dauerhaft in zwei Welten leben zu können und zu wollen. Das ist aber keine wirkliche Integration. Schon deshalb ist die Absicht der rot-grünen Koalition zur Einführung der generellen doppelten Staatsbürgerschaft falsch.

Die CDU wird vielfältige Aktionen starten für mehr und konsequente Integration der hier lebenden Ausländer in unsere Gesell-

Volker Rühe Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein

Volker Rühe wird im kommenden Jahr als Spitzenkandidat der CDU in die Landtagswahl in Schleswig-Holstein ziehen.

Die Spitzengremien der Partei nominierten den ehemaligen Verteidigungsminister und erwarten den stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden bereits in den kommenden Tagen zu mehreren Terminen in Schleswig-Holstein. Die Wahl des Spitzenkandidaten und die Aufstellung der Landeslisten soll am 8. Mai auf einem Parteitag in Damp (Kreis Rendsburg-Eckernförde) erfolgen.

Der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble hat die Bereitschaft seines Stellvertreters Volker Rühe begrüßt und dessen Kandidatur eine „große Chance für das Land" genannt. Es werde „höchste Zeit", Schleswig-Holstein aus der „Lethargie" herauszuführen, in die es die rot-grüne Landesregierung gebracht habe. Die Bundes-CDU werde Rühe dabei „nach besten Kräften" unterstützen.

Generalsekretärin Angela Merkel nannte Volker Rühes Kandidatur gut für Schleswig-Holstein und gut für die CDU: „Mit ihm kandidiert der beste Mann, den wir aufzubieten haben. Ich bin zuversichtlich, daß er den regierenden SPD-Ministerpräsidenten bei der Landtagswahl im nächsten Jahr ablöst."

schaft und gegen die generelle Einführung der doppelten Staatsangehörigkeit, die die Integration nicht fördern sondern behindern würde. Zu diesen Aktionen gehören Veranstaltungen unter Einbeziehung von Ausländern für Bündnisse für Integration in den Orts- und Kreisverbänden und die Sammlung von Unterschriften für unsere Anliegen gegen die Pläne von Rot-Grün.

Aufforderung an alle Mitglieder der Union, sich an den Aktionen zu beteiligen

Der Bundesvorstand fordert alle Gliederungen und Mitglieder der Union auf, sich an diesen Aktionen zu beteiligen. Eine breite Unterstützung bietet die Chance, die Integration ausländischer Mitbürger tatsächlich zu fördern und zugleich das verhängnisvolle rot-grüne Vorhaben zu stoppen.

Ein Gewinn für das Land

Man darf der CDU gratulieren: Mit Volker Rühe hat sie einen erfahrenen, prominenten und angesehenen Kandidaten für die Landtagswahl 2000 ins Land lotsen können. Für Schleswig-Holstein ist das ein Gewinn.

Es ist kein übertriebener Jubel, wenn Union und FDP dem Hamburger das Zeug zusprechen, die rot-grüne Landesregierung in Bedrängnis zu bringen. Die Sozialdemokraten geben sich gelassen, tatsächlich sind sie alarmiert. Der von ihnen angeführte Makel, Rühes weitere Verankerung in der Bundespolitik, ist ein schwaches Argument.

Für Rühe wird es in den kommenden Monaten darauf ankommen, die CDU bis zum Wahltag zu beflügeln.

Lübecker Nachrichten, 8. Januar

Generalsekretärin Angela Merkel:

Die „neue Mitte“ kommt wieder nach Hause

Bei der Bundestagswahl hat die Union rund 17 Millionen Wählerinnen und Wähler für ihre Politik gewinnen können. Dennoch hat dieses Ergebnis nicht ausgereicht, wieder stärkste Partei zu werden und die Regierung zu stellen. Rund 1,7 Millionen Wählerinnen und Wähler haben der Union den Rücken gekehrt. Die Kampagne der SPD für eine angebliche Politik der sog. „neuen Mitte“ hatte Erfolg.

Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, der Grundidee von Partnerschaft und Kooperation zwischen gesellschaftlichen Gruppen mit an sich gegensätzlichen Interessen. Wir müssen neue Brücken zu den Gruppen in unserer Gesellschaft schlagen - zu den Kirchen, den Gewerkschaften und Arbeitgebern, Umweltverbänden, Familienverbänden und zur Wissenschaft. Nur so organisieren wir neue Mehrheiten in der Mitte für die Politik der Union. Nur so werden wir die Bundestagswahl 2002 gewinnen.

Die Christlich Demokratische Union erhebt im Namen der politischen Mitte in Deutschland neun Forderungen an Bundeskanzler Gerhard Schröder und seine rot-grüne Bundesregierung:

1. **Politik der Mitte bedeutet,** mit einer umfassenden Steuerreform Anreize für Investitionen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, als Politik der Mitte ein Steuerkonzept vorzulegen, das tatsächlich alle entlastet und immer wieder neuen Luftballons nach Mehrwertsteuer-, Mineralölsteuer- oder Kernbrennstoffsteuererhöhungen ein Ende bereitet.

2. **Politik der Mitte bedeutet,** im Interesse von Sparern, Verbrauchern, Rentnern und Arbeitnehmern für stabiles Geld zu sorgen. Wer wie Lafontaine die Zentralbank politisch dominieren will, stellt die Stabilität des Euro in Frage.

Wir fordern Bundeskanzler Schröder auf, weiteres Rütteln an der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank durch Finanzminister Lafontaine zu unterbinden.

3. **Politik der Mitte bedeutet,** in Zeiten tiefgreifender demographischer und weltwirtschaftlicher Veränderungen Reformen der sozialen Sicherungssysteme voranzubringen.

Wir fordern die rot-grüne Bundesregierung auf, endlich den Realitäten ins Auge zu sehen und angekündigte Neuregelungen des Rentensystems nicht auf die lange Bank zu schieben.

4. **Politik der Mitte bedeutet,** die Integration der hier auf Dauer lebenden Ausländer zu verbessern. Die regelmäßige Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft ist dafür der falsche Weg.

Wir fordern die rot-grüne Bundesregierung auf, auf die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft als Regelfall zu verzichten und hierbei auch auf kritische

Stimmen in ihren eigenen Reihen und bei ihren Anhängern zu hören.

5. Politik der Mitte bedeutet, eine wirtschaftliche, umweltfreundliche und versorgungssichere Energieerzeugung sicherzustellen. Deutschland kann sich keinen Atomausstieg leisten, schon gar nicht einen Ausstieg à la Trittin. Es ist zudem ein nicht hinzunehmender Skandal, daß Bundesumweltminister Trittin in einer Nacht- und Nebelaktion die Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommissionen auflöst, obwohl deren Zusammensetzung stets demokratischer Konsens war.

Wir fordern Bundeskanzler Schröder auf, darauf hinzuwirken, daß die Neubesetzung der Kommissionen unter fachlichen und nicht unter ideologischen Gesichtspunkten erfolgt.

6. Politik der Mitte bedeutet, daß die Bundesrepublik Deutschland über Jahrzehnte als verläßlicher Partner in der Nato akzeptiert war.

Wir fordern die Bundesregierung auf, an der Nato-Doktrin des nuklearen Ersteinsatzes festzuhalten und keinen Zweifel an der Verläßlichkeit der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik aufkommen zu lassen.

7. Politik der Mitte bedeutet, daß sich die Europapolitik in der Vergangenheit nicht allein auf die Frage der deutschen Beiträge an die Europäische Union reduziert hat. Der phantastische Erfolg des Euro schon in wenigen Tagen ist allein auf die Weitsichtigkeit und Beharrlichkeit der früheren Bundesregierung zurückzuführen.

Wir erwarten von der deutschen Ratspräsidentschaft, daß sie die Vertiefung der Beziehungen und die Osterweiterung voranbringt und endlich ein Datum für den Beitritt der osteuropäischen Länder zur Europäischen Union nennt.

8. Politik der Mitte bedeutet, neben der jeweiligen Regierung auch die Opposition bei der Berufung der deutschen EU-Kommissare zu berücksichtigen, wie dies unter der CDU-geführten Bundesregierung stets der Fall gewesen ist. Es gibt keinen vernünftigen Grund, an diesem Konsens zu rütteln.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, bei der kommenden Neuberufung der EU-Kommissare der CDU/CSU ein Vorschlagsrecht einzuräumen.

9. Politik der Mitte bedeutet, gleich weiten Abstand zu den extremen Rändern auf der linken und rechten Seite zu halten. Es ist deshalb unerträglich, wenn die SPD durch die Beteiligung der PDS an Landesregierungen wie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt den Boden dafür bereitet, daß ehemals hohe SED-Funktionäre und ehemalige DDR-Spione wieder an der Macht beteiligt werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, mit uns gemeinsam zu verhindern, daß ein ehemaliger DDR-Spion Mitarbeiter einer Bundestagsfraktion wird.

Schröder hat im Wahlkampf gesagt:

Wir werden nicht alles anders, aber manches besser machen. Wir erleben, daß 100 Tage nach der Wahl vieles anders, aber gar nichts besser wird. Heute steht fest: Vor der Wahl in Hessen soll mit einer Kindergelderhöhung, der Rücknahme der Kürzung der Lohnfortzahlung und der Veränderung beim Kündigungsschutz noch einmal Zuckerbrot ausgeteilt werden. Ab April kassiert Rot-Grün ab. Täglich hören wir neue Vorschläge: Mehrwertsteuererhöhung, Zukunftspfennig, Planungswertabgabe, Ausbildungsplatzabgabe, Kernbrennstoffsteuer oder Flugbenzinsteuer. Es ist völlig klar, daß mit einer solchen

Foto: Land

Das Foto macht auf große Vorbereitungen neugierig und läßt intensive Arbeit erwarten, die die Partei in Angriff nimmt. Generalsekretärin Angela Merkel: Diese Arbeit ist mit den Mitgliedern unserer Partei zu leisten, aber gerade auch mit neuen Mitgliedern, die ja nicht zu uns gekommen sind, um einzig und allein Mitgliedsbeiträge zu bezahlen. Das ist auch nicht schlecht; aber sie wollen mitarbeiten, und dafür müssen wir ihnen Möglichkeiten geben.

Politik, die nichts mit dem Wahlkampfslogan der „neuen Mitte" zu tun hat, keine einzige der Zukunftsfragen in Deutschland gelöst wird. Vor allem leistet sie keinen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit.

Deutschland braucht eine Politik der Mitte. Seit dem Regierungswechsel hat die CDU Deutschlands über 10.000 neue Mitglieder aufgenommen. Die Bundespartei unterstützt diese Entwicklung durch eine breit angelegte Mitgliederwerbeaktion unter dem Motto „Tun Sie was, sonst tut sich nix". Diese Mitgliederwerbeaktion wird auf der Klausurtagung des Bundesvorstandes begonnen, und sie wird sich durch das ganze Jahr hindurchziehen.

Die Menschen erkennen:

Die CDU Deutschlands zieht die Lehren aus der Niederlage am 27. September. Die Menschen erkennen: Es gibt nur eine Mitte in Deutschland. Dies ist keine sog. „neue Mitte", sondern dies ist die CDU als Volkspartei der Mitte. ■

mitten IM LEBEN.

Bundesweiter Wettbewerb der Ideen und Aktionen.

Mitmachen und gewinnen!

Generalsekretärin Angela Merkel:

Wir wollen die Bereitschaft zum Mitmachen verstärken

„Wir wollen die modernste Gesellschaft Europas schaffen. So steht es in unserem Zukunftsprogramm. Wir müssen deshalb auch die modernste Partei werden.

Das Merkmal einer modernen Partei, so glauben wir, ist die Aktivität ihrer Mitglieder. Dafür wollen wir sorgen.

10.000 neue Mitglieder haben seit dem 27. September spontan ihren Beitritt in die CDU erklärt. Mit unserer Mitglieder-Werbeaktion *Tun Sie was, sonst tut sich nix* – Mitglieder werben Mitglieder – wollen wir diese erkennbare Bereitschaft zum Mitmachen verstärken.

Mit dem Wettbewerb *Mitten im Leben* fordern wir nun alle Orts- und Kreisverbände auf, sich mit spannenden und interessanten Projekten daran zu beteiligen, für Bürgerinnen und Bürger die Mitarbeit in der CDU attraktiv zu machen."

Zu diesem bundesweiten Wettbewerb der Ideen und Aktionen wurde mit der Konferenz der Kreisgeschäftsführer in Berlin am 12. Januar der Startschuß gegeben. Sowohl der Wettbewerb als auch die damit verbundene Mitglieder-Werbekampagne fanden auf der Konferenz breite Zustimmung.

Bündnisse für Integration

Die Kreisgeschäftsführer haben sich auch für die vom Bundesvorstand beschlossenen Aktionen unter Einbeziehung von Ausländern für Bündnisse für Integration in den Orts- und Kreisverbänden und für die Sammlung von Unterschriften gegen die Doppelstaatsangehörigkeit im Regelfall ausgesprochen.

Zugleich wurde gefordert, daß deutlich werden müsse: Die CDU tritt für die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer ein. ■

die CDU STEHT MITTEN IM LEBEN.

Unsere Partei ist eine lebendige Partei. Wir haben allen Grund, selbstbewußt zu sein. Die CDU hat an den großen Entwicklungen unseres Landes und Europas entscheidend mitgewirkt. Aber nicht nur die „großen" Themen gehören uns. Uns gehört auch der Alltag. Wir haben zu den wichtigen Fragen und Problemen der Menschen gute Antworten und ausgereifte Konzepte.

Besonders als Opposition können und müssen wir unsere Alternativen zu Rot-Grün den Menschen in unserem Land direkter vermitteln. Wir müssen auf sie zugehen und deutlich machen: Rot-Grün wird die Probleme unseres Landes nicht lösen. Zu widersprüchlich sind die Maßnahmen, zu unausgegoren die Entwürfe. Wenn uns das gelingt, werden wir auch wieder Wahlerfolge feiern können. Schließlich stehen in diesem Jahr sieben Landtagswahlen, neun Kommunalwahlen und die Europawahl an.

Als große Volkspartei müssen wir für die Menschen vor Ort sichtbar und erlebbar sein. Durch praktisch gelebte Solidarität, mit interessanten Veranstaltungsformen, durch Projekte und Initiativen. Wir als CDU müssen mitten im Leben stehen.

Dafür startet die CDU Deutschlands einen bundesweiten Wettbewerb unter dem Motto: „Mitten im Leben". Hierzu rufe ich alle Gliederungen und Vereinigungen der CDU auf Orts- und Kreisebene auf: Machen Sie mit! Senden Sie Ihre Ideen und Initiativen ein. Ihrer Phantasie und Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.

Auf dem Bundesparteitag in Erfurt vom 25. bis 27. April 1999 werden wir die spannendsten Projekte dieses Wettbewerbs vorstellen und auszeichnen. Dort können wir mit allen Beteiligten über die Projekte diskutieren und anderen Anregungen geben.

Also: Machen Sie mit. Zeigen Sie, daß die CDU mitten im Leben steht!

Angela Merkel

Angela Merkel
Generalsekretärin der CDU Deutschlands

ihre IDEEN GEWINNEN MENSCHEN UND PREISE.

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Das gilt auch für phantasievolle Partei-Projekte. Sie selbst merken es sicher immer wieder: Mit überzeugenden Initiativen gewinnen Sie die Menschen für die Politik der CDU. Jetzt können Sie mit Ihren tollen Projekten auch noch wertvolle Preise gewinnen. Beim großen Wettbewerb **›Mitten im Leben‹.**

So können Sie Ihre Projekte präsentieren:

1. Ausstellung mit Stellflächen (Fotos, Dokumente, Schrifttafeln etc.)
2. Filmmaterial, Tonmaterial
3. Multimedia-Präsentation
4. Schriftliches Informations-Material
5. Aktion / Vorführung

Alle zum Wettbewerb eingereichten Projekte müssen nach dem 1. Januar 1995 durchgeführt worden sein!

Ausgezeichnet werden beispielhafte Projekte, die aus allen Bereichen der Partei-Arbeit kommen können:

interessante Veranstaltungsformen, **erfolgr**
Mitgliederbefragungen, **gemeinsam**
Vereinen, Behindertenarbeit,
aktionen, Naturschutzprojekte, St
Ausländern, Hausaufgabenhilfen
Berufen zur Berufsfindung, Bürgerbefragungen zu kommun
und und und.

drei KATEGORIEN – DREI GEWINN-CHANCEN.

Für diese drei Kategorien können Sie sich mit Ihren Projekten bewerben:

Kategorie 1: Einmalig stattfindende Projekte

Kategorie 2: Langfristig angelegte innerparteiliche Projekte

Kategorie 3: Langfristig angelegte Projekte unter Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen (Verbände, Vereinigungen etc.)

das KÖNNEN SIE GEWINNEN:

In jeder Kategorie werden jeweils drei Preise vergeben:

1. Preis: **Gutschein für Material zur Öffentlichkeitsarbeit im Gegenwert von 3.000 DM.**

2. Preis: **Gutschein für Material zur Öffentlichkeitsarbeit im Gegenwert von 2.000 DM.**

3. Preis: **Gutschein für Material zur Öffentlichkeitsarbeit im Gegenwert von 1.000 DM.**

bürgernahe Partei-Aktionen,
che Mitgliederwerbung,
/eranstaltungen mit Verbänden und
ste, humanitäre Hilfe, **Spenden-**
mtische und Feste mit Aussiedlern und
-ehrstellenbörsen, Firmenkontakte, Vorstellung von
Problemen, **Bildungsreisen**, Kultur-Werkstätten

Der Sonderpreis: Die Sonderveranstaltung im Wert von 5.000 DM!

Unter allen Teilnehmern des Wettbewerbs verlosen wir noch einen ganz besonderen Preis: Sie können ein Bürgerfest oder eine Informationsveranstaltung gewinnen. Mit allem Drum und Dran. Gemeinsam mit Ihnen entwickeln wir die Ideen und übernehmen die Kosten in Höhe von 5.000 DM. Und als Stargast begrüßen Sie Wolfgang Schäuble in Ihrem Ort.

Das ist doch etwas, oder?

die WETTBEWERBS-BEDINGUNGEN.

Einsende-Adresse:

Bitte fügen Sie dem Material eine detaillierte Durchführungsbeschreibung bei. Bei Fragen zur Präsentation steht Ihnen die Abt. Öffentlichkeitsarbeit gern mit Rat und Tat zur Seite. Das Material sollte in Schrift, Ton oder Bild (Fotos bitte möglichst immer als Negative) eingereicht werden. Hier die Adresse:

Bundesgeschäftsstelle der CDU
Abt. Öffentlichkeitsarbeit
Wettbewerb ›Mitten im Leben‹
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

Hinweis:

Die Teilnehmer erklären mit der Bewerbung ihr Einverständnis, daß die Bundesgeschäftsstelle eine Vorauswahl trifft. Die Gewinner werden von einer Jury auf dem 12. Bundesparteitag in Erfurt ermittelt. Die preisgekrönten Einsendungen gehen in das Eigentum der Bundesgeschäftsstelle über. Dies gilt auch für die Bild- und Ton- sowie für alle sonstigen Verwertungsrechte.

Der bundesweite Wettbewerb **›Mitten im Leben‹** beginnt mit der Kreisgeschäftsführertagung am 12. Januar 1999.

Die öffentliche Prämierung findet am 25. April 1999 auf dem Bundesparteitag in Erfurt statt.

Einsendeschluß ist der
31. März 1999.

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle, HA Öffentlichkeitsarbeit, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn

CDU
mitten im Leben.

Wolfgang Schäuble:

Politik für Deutschland – gegen das rot-grüne Chaos

Der Jahresanfang gibt Anlaß, Ausblick auf die vor uns liegenden Aufgaben zu halten. Grundlage dafür ist auch die Arbeit der rot-grünen Koalition. Jede Regierung muß fairerweise die Chance haben, sich zunächst einmal zu organisieren und ihre Pläne offenzulegen. Rund 100 Tage nach der Bundestagswahl bedarf das Chaos, das Rot-Grün innerhalb kurzer Zeit angerichtet hat, allerdings einer angemessenen Bewertung. Das Durcheinander, das diese Regierung in den letzten Wochen zu verantworten hatte, ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ohne Vorbild.

Wenn ich mir die ersten Maßnahmen der neuen Bundesregierung ansehe, dann komme ich zu dem Schluß, daß diese Regierung auf dem besten Weg ist, Politik auf Kosten unserer Zukunft zu machen, statt unser Land für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen.

Die Regierung macht Politik gegen den Mittelstand

● Beispiel Steuerreform:

Die Fachwelt ist sich einig, daß diese Steuerreform das Papier nicht wert ist, auf dem sie geschrieben steht. Statt Investitionen und Arbeitsplätze zu fördern, führt sie zu einer stärkeren Belastung des Mittelstandes und endet in bloßer Umverteilung. Wo Vereinfachung geboten wäre, hat Rot-Grün das Steuerrecht weiter kompliziert. Unübersichtlich und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gänzlich ungeeignet ist hier ein für die deutsche Wirtschaft zentrales Reformprojekt total verunglückt. Eine Nettoentlastung von nur 15 Milliarden soll erst im Jahr 2002 erfolgen. Dafür gibt es bereits in wenigen Wochen neue Belastungen durch die Ökosteuer.

Bei den 620-Mark-Jobs gab es nicht nur Hickhack in der Koalition, der Bundeskanzler hat sich inzwischen persönlich für mindestens vier verschiedene Modelle ausgesprochen. Im Ergebnis bleibt gleichwohl ein lächerliches Nullsummenspiel. Die Effekte für Arbeitnehmer und Unternehmen sind gleich Null. Die neue Regelung macht die 620-Mark-Jobs eher attraktiver, als daß sie eingeschränkt werden.

Die Regierung macht Politik gegen die Mehrheit des Volkes

● Beispiel Steuerpolitik:

Die sogenannte Öko-Steuer geht nicht nur am Ziel vorbei, indem sie keine Lenkungswirkung zugunsten der Umwelt entfaltet, sie ist auch noch hochgradig unsozial, weil sie diejenigen belastet, die sich am wenigsten wehren können: Rentner, Studenten, sozial Schwache und Familien mit Kindern. Sie profitieren am wenigsten von der angekündigten Senkung der Lohnnebenkosten. Gleichzeitig sind sie am stärksten von der Erhöhung von Strom-, Gas- und Heizungspreisen sowie der Benzinverteuerung betroffen, denn sie haben die geringsten Chancen, dort einzusparen. Ständig werden neue Steuererhöhungsvorschläge ins Spiel gebracht, von der Atomsteuer bis zur Mehrwertsteuer. Daß damit gänzlich falsche Signale ausgesendet werden und eine Politik

betrieben wird, die nicht nur am Arbeitsmarkt vorbeigeht, sondern ihn sogar gefährdet, haben offensichtlich auch einige Ministerpräsidenten in rot-regierten Ländern erkannt, die sich eher an den Steuerreformvorschlägen der CDU orientieren.

● Beispiel Staatsangehörigkeitsrecht:

Die doppelte Staatsangehörigkeit hilft nicht der Integration, sondern sie schafft ein neues Einfallstor für weitere Zuwanderung. Das kann nicht im Interesse Deutschlands sein. Zugleich wird die Gefahr erhöht, daß wir uns verstärkt politische Konflikte anderer Länder nach Deutschland holen. In der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft hat Rot-Grün eine Mehrheit des deutschen Volkes gegen sich.

Die Regierung macht Politik gegen Währungsstabilität

Von solider Finanzpolitik aus dem Hause Lafontaine ist nichts zu spüren. Das Gegenteil ist der Fall, er legt sich mit der Deutschen Bundesbank an, stellt die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank in Frage und schafft es, Zweifel an der Stabilität der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu schüren.

● Beispiel Staatsausgaben:

Durch zahlreiche Förderprogramme in verschiedenen Bereichen, Subventionen und Staatsinterventionen werden die Staatsausgaben erhöht. So wird ein Milliardenloch nach dem anderen in die Haushalte von Bund und Ländern gerissen. Wie sie finanziert werden sollen, bleibt schleierhaft. Mit dieser unseriösen Finanzpolitik schwächt Lafontaine unser Land. Am Ende wird die Zeche jeder Bundesbürger zahlen dürfen, dann nämlich, wenn das Geld wieder weniger wert ist.

Deshalb verlangen wir Vorlage des Haushalts 1999 und eine baldmögliche parlamentarische Auseinandersetzung darüber. Es ist unredlich, vor Weihnachten Geschenke zu verteilen, sie in teuren Anzeigen zum Jahreswechsel zu feiern und die Antwort, wer was bezahlen soll, dann hinter die nächsten Landtagswahlen zu verschieben. Nur eine in Ausgaben und Einnahmen stimmige und überprüfbare Politik schafft Solidität und Vertrauen.

Die Regierung macht Politik gegen unsere Partner in Europa

Wir haben schon viel Schlimmes befürchtet, aber die Masse an Porzellan, die in kürzester Zeit in der Außen- und Sicherheitspolitik von Rot-Grün zerschlagen wurde, hat jeden Beobachter im In- und Ausland überrascht.

● Beispiel NATO:

Da stellt ein Außenminister leichtfertig die NATO-Strategie in Frage und schürt damit Zweifel an der Zuverlässigkeit des Bündnispartners Deutschland. Mit der unklaren Haltung zur Osterweiterung werden unsere östlichen Nachbarn verprellt. So schafft man keine gute Nachbarschaft in Europa!

● Beispiel Europäische Union:

Oskar Lafontaine stößt nicht nur seine Kollegen Finanzminister in Europa vor den Kopf, sondern legt sich auch mit der Bundesbank an, was zur Verunsicherung im Hinblick auf die Stabilität des EURO geführt hat. Das großspurige Auftreten des Bundeskanzlers beschädigt Vertrauen bei unseren Partnern.

Der Scherbenhaufen, den die rot-grüne Bundesregierung in kürzester Zeit angehäuft hat, ist wirklich eindrucksvoll. Auch eine Opposition kann daran keine Freude haben. Es ist unser Land, das Schaden nimmt.

Die Regierung setzt auf Ankündigungen und Symbolik

Was mich besonders betroffen macht, ist die Tatsache, daß der Aufbau Ost in reiner

Symbolpolitik steckenzubleiben droht. Konkrete Taten bleiben aus. Wie geht es weiter mit dem Ausbau der Verkehrs-Infrastruktur in den neuen Ländern? Was wird aus der Förderung innovativer Forschung? Was plant Rot-Grün für das Kernforschungszentrum Rossendorf? Schröder hat im Wahlkampf versprochen, den Aufbau Ost zur „Chefsache" zu machen. Allmählich müßte der Chef mal sagen, was Sache ist.

Der Regierung fehlen die zukunftstauglichen Konzepte

Durchdachte Konzepte fehlen, stattdessen bestimmen die Wahlversprechen und Schnellschlüsse das Regierungshandeln.

● Beispiel Sozialversicherung:

Die demographische Komponente in der Rentenformel wurde ausgesetzt. Die Senkung der Rentenbeiträge zum 1. Januar 1999 wurde nach hinten verschoben. Ein tragfähiges Rentenkonzept ist nicht in Sicht.

● Beispiel Gesundheitspolitik:

Munter werden Kostensteigerungen produziert durch Leistungsausweitungen und die Rücknahme beitragssenkender Maßnahmen, beispielsweise durch die Reduzierung der Zuzahlungen bei den Medikamenten und die Verwendung eines Teils der Rücklagen der Pflegeversicherung zur Leistungsausweitung.

● Beispiel Energiepolitik:

Der Streit zwischen Schröder und Trittin zeigt, daß es in einer zentralen Frage deutscher Politik keinen Konsens gibt. Wann ist es je vorgekommen in der deutschen Nachkriegsgeschichte, daß eine Koalitionsvereinbarung in weniger als 100 Tagen in wesentlichen Teilen makuliert wird? In der Sache selbst liegt Rot-Grün total daneben: Ein Ausstieg aus der Kernenergie – die in Deutschland höchsten technischen Anforderungen genügt – ist ein Schlag gegen die Umwelt, denn der Ausstieg führt weg von dem Ziel, die CO_2-Emissionen nachhaltig zu senken. Nationale Alleingänge lösen in der Energiepolitik kein Problem.

Bilanz 100 Tage nach der Wahl

Rot-Grün verfeuert heute kurzfristig das Holz, an dem sich eigentlich kommende Generationen wärmen sollten. Der schlechte Start der neuen Regierung hat aber eine tiefer liegende Ursache: Die Konflikte verlaufen kreuz und quer durch die Regierungskoalition. In der SPD zwischen Traditionalisten und Modernisierern oder zwischen Linken und Rechten. Bei den Grünen zwischen Realos und Fundies und zwischen grünen Ministern und roten Fachpolitikern. Die Regierungskoalition besteht aus zwei Parteien mit mindestens vier Fraktionen. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. 100 Tage Chaos waren genug. Deutschland hat ein Anrecht darauf, solide regiert zu werden.

CDU-Politik bietet Alternative gegen das rot-grüne Chaos

Als Opposition formulieren wir Kritik an der Arbeit der Regierung, konfrontieren sie mit unseren besseren Alternativen und mobilisieren öffentlichen Meinungsdruck gegen die gefährliche Entwicklung. Die Wahl in Hessen am 7. Februar kann nicht nur ein Signal gegen rot-grüne Irrwege in Deutschland setzen; durch einen Wahlsieg der Union und eine von Roland Koch geführte Landesregierung wird Rot-Grün seine Mehrheit im Bundesrat verlieren. Bei zustimmungspflichtigen Gesetzen – vor allem in der Steuerpolitik – ist ein rot-grüner Durchmarsch danach nicht mehr möglich – eine Chance, die angesichts rot-grüner Überheblichkeit weit über Hessen hinaus Bedeutung hat.

In der Steuerpolitik liegt unsere Alternative auf dem Tisch. Eine grundlegende

Steuerreform muß alle Steuerzahler entlasten und die Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze und Investitionen vor allem im Mittelstand verbessern. Ohne eine deutliche Nettoentlastung schon in 1999 wird alles Gewurschtel der Regierung wie bei den 620-Mark-Jobs nur zu einem gigantischen Verschiebebahnhof mit lähmender Wirkung führen. Der Spielraum für eine Nettoentlastung in 1999 ist bei solider Haushaltspolitik vorhanden, wie die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute im Oktober bestätigt haben. Auch deshalb ist die Vorlage und parlamentarische Behandlung des Haushalts 1999 so dringend.

Bei den sozialen Sicherungssystemen ist angesichts der demographischen Entwicklung eine Verringerung der Ausgabendynamik unvermeidlich. Wer nicht die Kraft zu sinnvollen Einsparungen hat, wird die soziale Sicherheit schmälern. Jedes Jahr verschobener Reformen wird die notwendigen Eingriffe später schmerzhafter machen.

In der Energiepolitik setzen wir auf technologische Innovation und internationale Zusammenarbeit, um Umweltbelastung und Sicherheitsrisiken zu verringern, die langfristige Energieversorgung zu sichern und globale Verteilungskonflikte vorbeugend zu entschärfen.

In der Europapolitik messen wir die Bundesregierung und die deutsche Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 nicht an bramarbasierenden Ankündigungen, sondern an den in der Europäischen Union zu erzielenden Ergebnissen. Im deutschen Interesse liegt der Fortgang des europäischen Einigungswerks. Deutschland ist auf Stabilität von ganz Europa angewiesen. Deshalb liegt die Erweiterung von NATO und Europäischer Union in unserem nationalen Interesse. Die Reformen der Europäischen Union sind unausweichlich. Sie zu erreichen verbietet deutsche Alleingänge so sehr wie kraftmeierische Reden.

Im Zusammenleben mit unseren ausländischen Mitbürgern setzen wir auf Integration. Wir werden eine großen Initiative zur Integrationsförderung auf allen Ebenen in Gang bringen. Um dieses Ziel zu erreichen ist eine strikte Begrenzung des weiteren Zuzugs zwingend geboten. Und die regelmäßige Hinnahme doppelter Staatsangehörigkeit ist Gift für die Integration wie für den inneren Frieden. CDU und CSU werden gemeinsam alles daran setzen, diesen Irrweg zu verhindern.

Wir werden in unseren Orts- und Kreisverbänden vielfältige Anstöße zur Integrationsförderung geben. Eine Arbeitsgemeinschaft der Fraktion mit Experten aus den Bundesländern entwickelt unter Führung von **Jürgen Rüttgers** ein Gesamtkonzept zu Integrationsförderung, Zuzugsbegrenzung und Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.

In einer gemeinsamen Sitzung der engeren Führungen von CDU und CSU werden wir am 24. Januar eine breit angelegte Unterschriftenaktion starten, um Rot-Grün zu hindern, irreversible Fehler gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit weiter zu verfolgen.

Alle Kräfte mobilisieren

An der Schwelle zum nächsten Jahrtausend hängen die Zukunftschancen der Deutschen entscheidend davon ab, daß es gelingt, alle Kräfte und Ressourcen zu mobilisieren. Bildung und Erziehung haben dafür eine entscheidende Bedeutung. Subsidiarität, Dezentralisierung, funktionsfähiger Föderalismus und Wettbewerb sind die entscheidenden ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, um die kreativen und solidarischen Kräfte der Menschen freizusetzen. So arbeiten wir für unser Ziel: die modernste Gesellschaft Europas. ■

Mit einem Bündnis für Vernunft gegen die Arbeitslosigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der ostdeutschen CDU-Abgeordneten, Michael Luther, erklärte zu den neuesten Arbeitslosenzahlen:

Gerade der sprunghafte Anstieg und die merkliche Abnahme offener Stellen im Osten geben Anlaß zur Sorge. Nimmt man die düsteren Wachstumsprognosen des DIW für 1999 hinzu, besteht zunehmend die große Gefahr eines Abtriftens zwischen Ost und West und einer dauerhaften Spaltung Deutschlands.

Die Bundesregierung hat mit ihren Ankündigungen zum Bündnis für Arbeit viele Hoffnungen gerade auch im Osten geweckt. Das Bündnis tritt jedoch auf der Stelle. Das nächste Spitzentreffen am 25. Februar 1999 kommt zu spät. Bei der Vielzahl der gebildeten Arbeitsgruppen besteht die Gefahr, zu detaillierte, komplizierte Regelungen unendlich zu diskutieren und auf den dann kleinsten Nenner zu reduzieren. Dies kann nicht Aufgabe eines bundesweiten Bündnisses für Arbeit sein. Auch hier zählt Subsidiarität.

Die Bundesregierung sollte ihren Anspruch fallenlassen, in einem großen Wurf alle Probleme lösen zu wollen. Sie sollte sich auf wesentliche Rahmenbedingungen konzentrieren. Ein Mehr an Flexibilität muß der zentrale Inhalt des Bündnisses für Arbeit sein, das viele regionale Bündnisse, abgestimmt auf die Anforderungen vor Ort, möglich macht. Viele Betriebe im Osten können beispielsweise die tariflichen Löhne und Ansprüche nicht erfüllen. Dort sind nur ein Viertel der Unternehmen und deutlich weniger als die Hälfte der Beschäftigten an Flächentarifverträge gebunden. Bereits heute weisen die neuen Bundesländer die Richtung hin zu einzelfallbezogenen Lösungen.

Wäre es daneben nicht sinnvoll, endlich auch die Tarifforderungen der Gewerkschaften in das Bündnis für Arbeit einzubringen? Niemand will die Tarifautonomie antasten. Aber ansonsten besteht die Gefahr, dem Bündnis mit überzogenen Forderungen die Grundlage zu entziehen und es damit zu einer Farce zu machen. Den „richtigen Schluck aus der Flasche zu nehmen", aber vorher zu definieren, wie voll die Flasche eigentlich ist, wäre vernünftig.

Falsche Weichenstellung

Zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt 1998 um gut 100.000 gegenüber 1997 bei gleichzeitiger Zunahme der Beschäftigtenzahlen um 200.000 ist ein deutliches Zeichen für die Nachhaltigkeit der 1997 und 1998 vor dem Regierungswechsel ergriffenen strukturverändernden Maßnahmen. Ebenso wenig besteht allerdings ein Zweifel, darauf verweisen auch die Wirtschaftsforschungsinstitute, daß falsche politische Weichenstellungen der neuen Regierung die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt für das Jahr 1999 vorbelasten.

Die Meßlatte liegt hoch

Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen erklärte die sozialpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Birgit Schnieber-Jastram:

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gibt keinen Anlaß, sich auszuruhen, son-

Noch vor der Wahl muß Klarheit herrschen

Zum Beschluß über den Bundeshaushalt 1999 erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Am 20. Januar will die Bundesregierung – deutlich verspätet – den Bundeshaushalt 1999 beschließen. Der Haushaltsentwurf wird das Papier nicht wert sein, auf dem er steht, wenn bis zu diesem Zeitpunkt nicht Klarheit in dem Chaos der noch offenen Einnahmepositionen durch die von Rot-Grün geplanten Steuererhöhungen, z.B. durch die Ökosteuer, hergestellt ist.

Klarer Wortbruch

Mit dem Abkassieren aus der Ökosteuer-Reform soll die bereits beschlossene Senkung des Rentenversicherungsbeitrages ab dem 1. April 1999 finanziert werden. Abgesehen davon, daß dies ein klarer Wortbruch des Bundeskanzlers ist, der in seiner Regierungserklärung vollmundig verkündete, die Senkung der Rentenbeiträge werde „pünktlich zum 1. Januar 1999 in Kraft treten", reißt die Beitragssenkung ein Loch in den Bundeshaushalt 1999 von 9 Mrd. DM zusätzlichen Rentenausgaben. Im Jahr 2000 dürften es bereits 17 Mrd. DM sein. Von der Gegenfinanzierung der Ökosteuer ist meilenweit nichts zu sehen.

Milliardenloch

In der angedachten Ausgestaltung wird sie unter EU-Beihilfeaspekten keinerlei Chancen haben. Die vorgesehenen Einnahmen werden nicht erreicht und daher entsteht im Bundeshaushalt ein Milliardenloch.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, bis zum Beschluß über den Bundeshaushalt 1999 am 20. Januar, also vor der Hessen-Wahl, Klarheit zu schaffen, wo und wie Bürger und Betriebe 1999 zusätzlich belastet werden sollen, um dieses Haushaltsloch auszugleichen.

dern nur Anlaß, alles zu tun, damit es auch weiter zu mehr Beschäftigung kommt. Dabei liegt die Meßlatte hoch: Wer – wie die rot-grüne Bundesregierung – die Erfolge der CDU/CSU-Koalition auf dem Arbeitsmarkt nicht nur bestritten, sondern als Elend für Deutschland bezeichnet hat, der muß sich gefallen lassen, an diesen Erfolgen und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres um rund 1 Millionen gemessen zu werden.

Wenn es der CDU/CSU im vergangenen Jahr gelungen ist, die Arbeitslosigkeit unter die 4 Millionen-Grenze auf 3,8 Millionen zu senken, dann muß es unter Berücksichtigung der Demographie, die zu einem deutlichen Absenken der Arbeitslosigkeit beitragen wird, gelingen, die Arbeitslosenzahlen in dieser Legislaturperiode zumindest zu halbieren.

Wer – wie die rot-grüne Koalition – seinen Wählern ein „Mehr" an sozialer Gerechtigkeit verspricht, der muß zuallererst für geringere Arbeitslosenquoten sorgen und darf nicht allein auf den Abbau von Arbeitslosigkeit durch den demographischen Wandel setzen. Bisher ist die von Bundeskanzler Schröder angekündigte „konzertierte Aktion für Arbeit" eher eine „konzertierte Aktion für Arbeitslosigkeit", denn bislang gibt es keine Schritte, die zu einem nennenswerten Abbau und zu einer Beschäftigung führen werden. ■

Wolfgang Schäuble:

Wir kümmern uns

Das muß das Motto vielfältiger Aktivitäten sein, die verdeutlichen, daß die CDU mitten im Leben steht.

Brief des Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble an die Mandats- und Funktionsträger der CDU

Das Jahr 1998 war für uns alle ein arbeitsreiches, ein anstrengendes Jahr. Der Bundestagswahlkampf hat jedem von uns das Äußerste an Einsatz und Engagement abverlangt. Und ich habe immer wieder erfahren dürfen, mit welcher Freude und tiefen Überzeugung Sie alle für unsere gemeinsame Sache gekämpft und gestanden haben. Dafür sage ich ein herzliches Dankeschön.

Trotz dieses großartigen Einsatzes blieb uns der Erfolg versagt. Wir haben am 27. September eine schwere Wahlniederlage hinnehmen müssen - nach 16 guten Jahren erfolgreicher Regierungszeit eine tiefe Zäsur. Sie markiert zugleich den Abschied von Helmut Kohl vom Amt des Parteivorsitzenden, das er 25 Jahre innehatte. Viele haben erwartet, daß die CDU, wie allenthalben zu lesen war, nach einem solchen Einschnitt „in ein tiefes Loch" fallen werde. Daß das nicht geschehen ist, hat mehrere Gründe.

Einer davon ist das beispielhaft noble Verhalten Helmut Kohls, der noch am Wahlabend in demokratischer Verantwortung die Wahlentscheidung akzeptiert und im Namen der Partei die Oppositionsrolle angenommen hat. Die CDU verdankt ihm sehr viel, und von dem, was in den 16 Jahren seiner Kanzlerschaft zum Wohl Deutschlands geleistet worden ist, kann auch die schmerzliche Niederlage vom 27. September nichts wegnehmen.

Wir haben dann auf unserem Parteitag am 7. November eine neue Führung gewählt. Sie spiegelt in einer klugen Mischung unseren Willen, Kontinuität und Erneuerung miteinander zu verbinden und daraus die Kraft für unsere neue Aufgabe als starke Opposition zu schöpfen, die wir diesem Land und dieser Demokratie schulden. Zugleich haben wir damit den ersten Schritt getan, um den Anspruch der CDU als führende politische Kraft der Mitte zu untermauern. Aber um die Mehrheit zurückzugewinnen, werden wir alle gemeinsam hart arbeiten müssen. Und das gilt nicht nur für die nächste Bundestagswahl, sondern für jede Wahl. Es kommt auf jeden von uns an!

1999 wird in sieben Bundesländern gewählt, wir werden neun Kommunalwahlen zu bestreiten haben, und im Juni findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Schon am 7. Februar wollen wir mit Roland Koch Hessen zurückerobern. Und wir haben eine gute Chance, wenn alle die Zuschauerränge verlassen und das tun, was wir immer am besten konnten, wenn wir vermeintlich mit dem Rücken an der Wand standen: kämpfen!

Kämpfen setzt voraus, daß wir unsere Organisation auf allen Ebenen schlagkräftig halten - von der Bundespartei, wo sich das Konrad-Adenauer-Haus als Denkzentrale

und als Dienstleistungszentrum für die ganze Partei versteht, bis zu den Orts- und Kreisverbänden, in denen wir unseren interessierten und engagierten Mitgliedern, aber auch nahestehenden Mitbürgern, vielfältige Möglichkeiten des Mitgestaltens bieten müssen. Wo wir aus strukturellen Gründen Schwachstellen haben, wollen wir solidarische Hilfe aus anderen Landesverbänden organisieren.

Kampf braucht Menschen, die für unsere Sache kämpfen wollen. Gerade in Ostdeutschland müssen wir deshalb die unvergleichliche Chance nutzen, die eine aktive demokratische Mitgestaltung bietet, und offensiver um Mitglieder und Anhänger werben. Das wird um so eher gelingen, je mehr wir in der gemeinsamen Verarbeitung von Erfahrungen unterschiedlicher Vergangenheit das Fundament für Zukunft legen. Keiner ist ausgeschlossen. Aber wir dürfen auch nicht die falschen Debatten führen.

Zusammenarbeit ist nur mit Parteien möglich, die in allen Teilen zweifelsfrei auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen, mit der totalitären Vergangenheit gebrochen haben und auf Einheit in Deutschland und Europa setzen. Deshalb kommt für uns eine Zusammenarbeit mit der PDS nicht in Frage, und die SPD schwächt unsere Demokratie, indem sie die PDS durch Koalitionen stärkt.

Kämpfen kann aber nicht nur heißen, lautstark den politischen Gegner zu attackieren, seine Fehler anzuprangern und den Schaden zu beschwören, den eine falsche Politik unserem Land zufügt. Diese Kunst, das haben wir in den vergangenen Wochen bereits bewiesen, beherrschen wir. Kämpfen muß für uns zugleich auch heißen, daß wir Alternativen entwickeln, für unsere Positionen werben, die Menschen davon überzeugen, daß die CDU die besseren Konzepte und die besseren Antworten hat, um die drängenden Probleme der Zeit zu bewältigen. Und wo wir sie noch nicht oder nicht in ausreichendem Maße haben, müssen wir deutlich machen, daß wir darum ringen. Streit in der Sache, Streit um den richtigen Weg, um die überzeugende Antwort schadet nicht, wenn er von den Menschen verstanden wird als ernsthaftes Bemühen, die Dinge zum Besseren zu richten.

Die ersten Projekte sollen auf unserem Bundesparteitag Ende April in Erfurt kritisch überprüft werden und zu weiteren inhaltlichen Schlußfolgerungen führen. Dabei wird sich die Lebendigkeit unserer Partei beweisen können, wenn wir vor allem auf der kommunalen Ebene zeigen, daß unsere Programmatik nicht nur hehre Theorie ist, sondern ganz praktisch vor Ort umgesetzt werden kann in die konkrete Tat. Wir kümmern uns - das muß das Motto vielfältiger Aktivitäten sein, die verdeutlichen, daß die CDU mitten im Leben steht.

● ***Solidarität ganz praktisch –*** durch intelligente Projekte, um Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern Teilhabe am Arbeitsprozeß zu ermöglichen und Brücken zu bauen in den ersten Arbeitsmarkt; durch Patenschaften zwischen Schulen und Altenheimen, um das Verständnis zwischen den Generationen nicht verkümmern zu lassen; durch Organisation von Kinderbetreuung, um dort, wo Kindergärten und Schulen versagen, die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit zum Nutzen von Eltern und Kindern zu ermöglichen. Solidarität, das muß dabei deutlich werden, ist für die CDU keine ausschließliche Frage einer anonymen Betreuungsbürokratie, die sich mit Geldzuwendung von weiterer Verantwortung freikauft, sondern ein komplementäres Element der Subsidiarität, die Verantwortung und tätige Zuwendung auf der Ebene ansiedelt, wo Menschen miteinander umgehen.

● ***Sicherheit ganz praktisch –***
durch Nachbarschaftshilfe, um mittels gegenseitiger Wachsamkeit die Gefahr von Einbruchdiebstählen zu vermindern; durch Initiativen gegen Verwahrlosung, um Nistplätze für Kriminalität und Zerstörungswut zu beseitigen. Sicherheit, das muß dabei deutlich werden, ist für die CDU keine ausschließliche Frage schärferer Gesetze und stereotypen Rufens nach mehr Polizei, sondern mindestens auch ein Bewährungsfeld für Hilfsbereitschaft, Hinsehen, Einschreiten.

● ***Integration von ausländischen Mitbürgern ganz praktisch –***
durch Initiativen für Kulturvereine und durch persönliches Engagement, um ein Klima gegenseitigen Verstehens zu schaffen und zu pflegen; durch das Knüpfen und Intensivieren von Kontakten zu länger hier lebenden Ausländern, um zu zeigen, daß Christdemokraten sich für sie interessieren und unser Thema „Heranführen statt Ausgrenzen" heißt. Integration, das muß dabei deutlich werden, ist für die CDU keine ausschließliche Frage des Passes, sondern vor allem ein immer wieder zu lebendes Stück Toleranz und der unabdingbaren Bereitschaft beider Seiten zur Integration. Die generelle Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft mindert die Bereitschaft zur Integration, befreit von der Notwendigkeit einer Entscheidung und produziert damit mehr Beliebigkeit und weniger Akzeptanz. Deshalb lehnen wir sie ab.

Diese wenigen Beispiele, die sich - der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt - um viele weitere vermehren ließen, zeigen, was gemeint ist, wenn es darum geht, die CDU an den Wurzeln, dort, wo die Menschen mit all ihren konkreten Problemen sind, inhaltlich zu positionieren. Durch aktives Tun können wir deutlich machen, daß eine grundwertorientierte Politik keine altmodische Veranstaltung ist, sondern in der konkreten Umsetzung höchst moderne, für neue Entwicklungen offene und durch die feste Verortung im Grundsätzlichen gegen modische Beliebigkeiten gefeite Lösungen ermöglicht.

Ich habe bereits auf unserem Bonner Parteitag gesagt, daß wir die CDU nicht neu erfinden müssen. Das Koordinatensystem unserer Politik ist nicht dadurch falsch geworden, daß wir eine Wahl verloren haben. Deshalb bildet das Zukunftsprogramm, das wir im Mai dieses Jahres in Bremen verabschiedet haben, immer noch eine der modernsten, den rasanten Veränderungen in der Welt geschuldeten und dennoch unseren Grundwerten verpflichteten Leitlinien, die - bei aller Verbesserungsfähigkeit - unsere Politik bestimmen. Ich habe allerdings das Gefühl, daß wir in der CDU dieses Zukunftsprogramm noch stärker als bisher zur Richtschnur der politischen Argumentation und gemeinsamen Arbeit machen sollten.

Ich halte das auch deshalb für entscheidend, weil es die Grundlage bildet für die wichtigste Aufgabe der CDU, nämlich weiterhin die Fähigkeit zu besitzen, als große Volkspartei unterschiedliche Interessen und Strömungen zur Mitte hin zu integrieren. Die großen Fragen unserer Zeit - Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im Zeichen der Globalisierung, Reform des Sozialstaats ohne Zerstörung sozialer Sicherheit, Stärkung der Bindekräfte in der freiheitlichen Gesellschaft, Teilhabegerechtigkeit statt Ausgrenzung und staatlichem Almosenwesen, Migration und Toleranz, europäische Integration als Unterpfand für Frieden und Sicherheit - vertragen den politischen Streit und sind ihn wert. Aber er muß dem Ziel einer Maß und Mitte beschreibenden Konsensfindung dienen und zukunftsorientierte Problemlösungen ermöglichen.

Wir dürfen nicht zulassen, daß durch unbedachte Äußerungen populistische Beliebigkeit begünstigt wird und dumpfes Res-

sentiment fruchtbaren Nährboden findet. Damit schaden wir nicht nur der Einheit der Union, sondern bereiten das Feld für den Aufwuchs radikaler Kräfte von rechts. CDU und CSU stehen aber im europäischen Vergleich der bürgerlichen und christdemokratischen Parteien nach wie vor gerade deshalb konkurrenzlos gut da, weil wir es immer vermocht haben, durch unsere Integrationsleistung hin zur Mitte rechts von uns keine demokratisch legitimierte Partei in nennenswerter Größe zuzulassen. Daran darf sich auch in Zukunft nichts ändern.

Deshalb steht uns der vermeintliche Königsweg einer Fundamentalopposition nicht offen. Unser Weg muß der des beharrlichen, mit langem Atem ausgestatteten Werbens für die sachlich bessere Lösung sein. Das hindert uns aber nicht im geringsten, die rotgrüne Bundesregierung und ihre falsche Politik mit aller Schärfe anzugreifen. Ich empfehle sehr, genau hinzuschauen. Was da bei Schröder und Co. angeblich als neuer Pragmatismus entdeckt wird, ist in Wahrheit blanker Opportunismus. Es wird nach Kräften der Schein von handelnder Politik inszeniert, obwohl tatsächlich nichts wirklich vorankommt. Nur so läßt sich offenbar davon ablenken, daß das Rüstzeug der rot-grünen Koalition aus der verstaubten linken Mottenkiste stammt.

Die Art und Weise, in der Schröder, Lafontaine und Fischer unter vorgeblicher Vertretung deutscher Interessen im internationalen Porzellanladen herumtrampeln, zerstört das große Vertrauenskapital, das die unionsgeführte Bundesregierung unter der Führung von Helmut Kohl in 16 Jahren mit Umsicht und Geduld für Deutschland erworben hat. Ich fürchte sehr, daß Schröder die Lektion, daß deutsche Interessen immer nur mit, aber nicht gegen unsere Partner erfolgreich durchgesetzt werden können, schon deshalb nicht lernen wird, weil er unfähig ist, im partnerschaftlichen Miteinander zu denken.

Die polternde Arroganz, mit der die neue Regierung in Europa auftritt, ist kein Anfängerfehler, sondern die unmittelbare Konsequenz eines alten linksideologischen Machtdenkens, das sich nicht in Kategorien des Ausgleichs, sondern des Vereinnahmens bewegt. Dazu paßt die Selbstverständlichkeit, mit der Rot-Grün alle wichtigen öffentlichen Ämter in Deutschland und - soweit sie den Deutschen zustehen - in Europa unter sich aufteilen. Wir werden alle unsere Kräfte dagegen mobilisieren, daß Deutschland noch mehr zur Beute eines rot-grünen Machtrauschs wird. In Hessen besteht die erste Gelegenheit, den Trend umzukehren.

Alles, was Rot-Grün an Reformpolitik angekündigt ...

oder bereits in Gang gesetzt hat, ist in sich widersprüchlich. Deshalb ist das Chaos der letzten Wochen keine handwerkliche Fehlleistung, sondern inhaltlich bedingt. Ob Steuerreform oder Gesundheitswesen, ob Rente oder geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, ob Energiepolitik oder Europa - nichts ist konsistent, nichts ist logisch, nichts erfüllt den vorgeblichen Zweck. Von solider Haushaltspolitik ist weit und breit nichts zu erkennen. Statt dessen reißt die Regierung in ihrem dilettantischen Bemühen, von der Unerfüllbarkeit ihrer Wahlversprechen abzulenken, ständig neue Haushaltslöcher auf.

An der Art, wie Lafontaine mit den öffentlichen Finanzen umgeht und wie von Gesundheitsministerin Fischer über Arbeitsminister Riester bis hin zu Familienministerin Bergmann und Umweltminister Trittin die rot-grüne Beglückungsmaschine in Bewegung gesetzt wird, zeigt sich der fundamentale Unterschied zu unserer Politik. Die rot-grüne Koalition ist strukturell unfähig zu staatlicher Sparsamkeit, weil Schröder und Lafonatine im Zweifel immer auf Verteilung setzen, die von oben durch den Staat verordnet wird. Das heißt

im Klartext nicht mehr Gerechtigkeit, sondern Gleichmacherei, Zuteilung materieller Mittel, zentralisierte und anonymisierte bürokratische Umsetzung und im Bedarfsfall höhere Steuern und Abgaben zur Befriedigung der Ansprüche. Das ist die Philosophie der großen Apparate, das Wegschieben der Verantwortung auf die nächsthöhere Ebene, das Auflösen klarer Zuständigkeiten zugunsten der Unverbindlichkeit runder Tische. Damit wird kein einziges Problem gelöst.

Unser Ansatz hingegen heißt Stärkung von freiheitlicher Entscheidung, ...

eigener Verantwortung, Vertrauen in die solidarische Kraft kleinerer, dezentraler, also subsidiär wirksamer Einheiten.
Das heißt für uns Vorrang für die Familie, für die Generationensolidarität. Auch wenn wir wissen und akzeptieren, daß die Menschen ihre Lebensentwürfe in der modernen Welt anders leben, als die vielleicht etwas verklärte Erinnerung an vergangene Zeiten nahelegen könnte, so bleibt die Familie eben doch als Leitbild engster menschlicher Gemeinschaft unverzichtbar, auch und vor allem als institutionelle Vorsorge für dauerhafte Solidarität und Verantwortung zwischen den Generationen.

Unser Ansatz, das heißt auch Verteilung gesamtwirtschaftlichen Wohlstands, zuerst und vor allem über einen funktionierenden Arbeitsmarkt, über Leistungsaustausch. Hier setzt auch unser Projekt „Arbeit für alle" an.

Es reicht eben nicht, Menschen lediglich finanziell abzusichern, ohne ihnen eine Beschäftigungschance zu eröffnen. Arbeit ist mehr als Gelderwerb, Arbeit heißt Teilhabe, gebraucht werden, nicht ausgegrenzt sein. Wenn nicht für jeden ein Vollzeitarbeitsplatz zur Verfügung steht, dann wenigstens Teilzeitarbeit, Einfacharbeit, Gemeinschaftsarbeit. Sozialhilfereform und Kombilohn sind die Stichworte.

Von diesem Ansatz her heißt für uns soziale Gerechtigkeit heute Beteiligungsgerechtigkeit. Staatliche und kollektiv abgesicherte Hilfe greift dann, wenn die Risiken für den einzelnen zu groß werden und die Leistungsfähigkeit subsidiärer Ebenen versagt, dort, wo es um echte Bedürftigkeit geht. Solches Denken ist Sozialdemokraten und dem größten Teil der Grünen völlig fremd.

Es muß unser vordringliches Bemühen sein, immer wieder diesen fundamentalen Unterschied herauszuarbeiten und den Menschen zu erklären. Und bei allen notwendigen und erwünschten Diskussionen, die wir in den kommenden Monaten und darüber hinaus über die wichtigen Zukunftsfragen unseres Landes und über unsere Antworten darauf führen werden und führen müssen, dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, aus welchem Grundverständnis vom Menschen heraus die CDU ihre Konzepte und politischen Angebote entwickeln muß.

Unser Zukunftsprogramm ist der Versuch, die christlich-demokratische Position in einer sich rasant verändernden Welt mit all der Zunahme von Verunsicherungen wertgebunden zu verorten und dennoch aufgeschlossen zu sein gegenüber neuen Entwicklungen. Das kann nicht falsch sein, unabhängig davon, ob wir Regierung sind oder Opposition.

Wir haben keinen Grund zu Mutlosigkeit oder gar Resignation. Es liegt an uns, wie schnell wir es schaffen, die Dinge wieder zu wenden. Dabei wird es auch weiterhin auf Ihren Einsatz und Ihr Engagement für unsere CDU ankommen.

Gehen wir im neuen Jahr mit neuer Kraft an die Arbeit. Es soll ein erfolgreiches Jahr für die CDU werden. ■

100 Tage Schröder-Regierung

Eine ernüchternde Bilanz

Rot-Grün hat die Regierung im Oktober vergangenen Jahres übernommen bei

- kräftigem Wirtschaftswachstum (1998 BIP + 2,8 % real),
- deutlich sinkender Arbeitslosigkeit (- 400.000 im Vorjahresvergleich),
- stabilen Bundesfinanzen (Ausgaben 1998 auf Niveau 1993),
- sinkender Staatsquote (1998 nur noch 48 % nach 50,6 % 1993) und
- sinkendem Bundesdefizit (1998 nur noch 1,4 vH BIP nach 2,1 vH 1993).

Sie haben versprochen, „nicht alles anders, aber vieles besser zu machen".

Tatsächlich macht die Schröder-Regierung nichts besser, sondern nur vieles anders und schlechter:

- Das Wachstum schrumpft (DIW: nur noch + 1,4 % real in 1999).
- Die Arbeitslosigkeit stagniert (DIW: 1999 über 4 Millionen).
- Die Bundesausgaben steigen 1999 mit doppelter BIP-Rate (rd. + 6 %).
- Die Staatsquote steigt wieder an (auf ca. 49 %).
- Das tatsächlich durch falsche rot-grüne Weichenstellungen ansteigende Bundesdefizit wird durch Einbeziehung der in den „Sondervermögen" enthaltenen Tilgungen nach unten manipuliert.

Alternative wozu eigentlich?

Vielfach wird derzeit in den Medien gefordert, daß die CDU/CSU-Opposition Alternativen zur Politik der Schröder-Regierung aufzeigen sollte. Die gleichen Medien bestätigen einen glatten Fehlstart der neuen Regierung mit ständig revidierten Aussagen in wesentlichen Fragen. Die klaren Positionen und Perspektiven der Union ergeben sich aus der bisherigen Arbeit. Eine Alternative kann kaum gefordert werden.

CDU/CSU und FDP-Koalition bis 1998 – Gute Bilanz –	Hundert-Tage Rot-Grün – Perspektiven für 1999 –
● Wirtschaftswachstum: + 2,8 vH (1998).	● Wirtschaftswachstum: knapp + 2 vH (1999) DIW erwartet nur + 1,4 vH.
● Export boomt: Überschuß in der Handelsbilanz 1998 bei rd. 130 Mrd DM, (20 Mrd DM mehr als 1997).	● Exportrisiken: DIW erwartet Einbruch beim Export. Lafontaine: „Wir können uns auf eine steigende Nachfrage unserer Handelspartner nicht verlassen."
● Staatsquote von 50,6 vH (1995) auf unter 48 vH (1998) gesunken mit weiter abnehmender Tendenz.	● Kein Wort zur Staatsquote in der Regierungserklärung. Staatsquote wird wieder ansteigen.

CDU/CSU und FDP-Koalition bis 1998 – Gute Bilanz –	Hundert-Tage Rot-Grün – Perspektiven für 1999 –
● Modernisierung der Volkswirtschaft: Rentenreform, Gesundheitsreform, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Kündigungsschutz, Abschaffung Substanzsteuern, absolute Preisstabilität (0,9 vH), historisch niedrige Zinsen (Baugeld heute für 10 Jahre unter 6 vH, 1982: 11 vH), Solidaritätszuschlag um 2 vH-Punkte gesenkt (7 Mrd DM mehr für Bürger und Wirtschaft), Flexibilisierung im Arbeitsrecht. Klare Angebotspolitik.	● Keine Modernisierung der Volkswirtschaft, Rückschritt zu alten Politikrezepten. Rücknahme und Aussetzung von Reformen verschlechtert Standort Deutschland, gefährdet die Stabilität und die sozialen Sicherungssysteme, vernichtet Arbeitsplätze und koppelt Deutschland von internationaler Entwicklung ab. Wirtschaftsweiser Prof. Hax: „Aber leider ist der Rückgang des Wirtschaftswachstums in Deutschland auch in hohem Maße hausgemacht und die Folge einer falschen Politik der Bundesregierung."
● Sinkende Arbeitslosigkeit: Im Vorjahresvergleich - 400.000, weiteres Absinken um über 200.000 möglich. Bundeszuschuß nach Nürnberg mit 11 Mrd DM reichlich bemessen, Perspektive zur Senkung Arbeitslosenversicherungsbeitrag um 0,5 vH-Punkte (Senkung der Lohnnebenkosten).	● Nur noch geringfügige Verringerung der Arbeitslosigkeit. DIW erwartet im Jahresdurchschnitt 1999 mehr als 4 Millionen Arbeitslose. Hax: „Dieses Ziel (Reduzierung der Arbeitslosigkeit um 1 Million in 3 Jahren) wird aber ganz sicher nicht mit der Politik der Bundesregierung erreicht." Zementierung 2. Arbeitsmarkt, keine Beitragssatzsenkung.
● Steuerpolitik: Petersberger Konzept: niedrige Steuersätze, Stärkung der Investitionen und des Standorts Deutschland, Politik für den Mittelstand, breitere Basis, 30 Mrd DM Nettoentlastung für alle. Moderater Steuerzugriff führt zu überzeugenden Erfolgen am Arbeitsmarkt und zur Sanierung öffentlicher Kassen (so auch Steuerreform 1986/1988/1990).	● Steuerkonzept von Sachverständigen zerrissen. Behinderung von Investitionen, Belastung des Mittelstandes, Vernichtung von Arbeitsplätzen. Nachfrageorientierter Politikansatz - Wechsel von Investitions- zur Konsumförderung - bringt Gefahr für den Standort. Verunsicherung von Investoren und Konsumenten, keinerlei Wachstumsimpulse. Erst abkassieren und dann Steuersätze marginal senken ist pure Ideologie und Umverteilung. Desaster in der Steuerpolitik.
● Keine Ökosteuer.	● „Ökologische Steuerreform" ist reines Abkassieren durch Steuererhöhungen. Alle Bürger werden belastet, besonders Rentner, Arbeitslose, Familien, Mittelstand, Landwirtschaft.. Ökosteuer treibt Fahrpreise für ÖPNV und DB AG. Zusatzbelastung für öffentliche Haushalte von Bund: + 150 Mio DM, Länder: + 250 Mio DM und Gemeinden: +200 Mio DM. Landwirtschaft mit + 380 Mio DM bela-

CDU/CSU und FDP-Koalition bis 1998 – Gute Bilanz –	Hundert-Tage Rot-Grün – Perspektiven für 1999 –
	stet. Ökosteuer keine Umweltentlastungseffekte. Ökosteuer zur Senkung Rentenversicherungsbeitrag reißt Mrd DM-Loch in den Bundeshaushalt. Diskussion um Mehrwertsteuererhöhung zum Stopfen von rot-grünen Haushaltslöchern.
● Energiepolitik: Vernünftiger Energiemix, Energiewirtschaftsgesetz, Sinkende Strompreise.	● Ausstiegsdruck auf Wirtschaft. Verteuerung Energie. Besteuerung Kernenergie. Neue weitere Steuern („Zukunftspfennig"). Rot-grünes Chaos.
● Haushaltspolitik: Geordnete Bundesfinanzen. Gute gesamt- und finanzwirtschaftliche Eckdaten als Aktivposten. Ausgabevolumen 1998 auf Niveau von 1993 trotz immenser Belastungen (Anstieg Sozialausgaben, Leistungen Aufbau Ost, Zinslasten aus Übernahme kommunistischer Erblasten, Übernahme „Kohlepfennig" in Bundeshaushalt). Strikte Ausgabendisziplin. Nettokreditaufnahme sinkend: 1998 mit unter 54 Mrd DM rd. 12 Mrd DM niedriger als 1993 und 24 Mrd DM weniger als 1996. Anteil am BIP heute bei 1,4 vH, 1975: 2,9 vH. Haushalte fristgerecht vorgelegt.	● Haushaltspolitik: Gewaltige haushaltswirksame Mehrausgaben in Koalitionsvereinbarung enthalten. Bisher keinen Haushalt 1999 vorgelegt: Verfassungsbruch (Art. 110 GG), Buchungstricks, über 20 Mrd DM Investitionsstau durch verspätete Haushaltsvorlage. Von Rot-Grün selbst produzierte Haushaltslöcher von mindestens 14 Mrd DM (Gewährleistungen, Hilfen für Saarland und Bremen, Wegfall Pauschalbesteuerung 620-DM-Jobs, Erhöhung Kindergeld).
● Länder/Kommunalinteressen: Bundesanteil am Gesamtsteueraufkommen von 48,2 vH (1994) auf 41 vH gesunken, Länderanteil von 34,2 vH (1994) auf 41,3 vH (1998) gestiegen. Wegfall Gewerbekapitalsteuer wurde den Kommunen mehr als kompensiert. Durch Pflegeversicherung Entlastung bei Sozialhilfe von über 10 Mrd DM/Jahr. Einnahmeverbesserungen durch Postreform.	● Länder und Gemeinden müssen Bonner Steuergeschenke bezahlen. Beispiel Kindergeld: Kindergelderhöhung zum 01.01.1999 kostet 5,8 Mrd DM, davon 2,5 Mrd DM Bund und 3,3 Mrd DM Länder/Gemeinden. Lastenaufteilung klarer Verstoß gegen Art. 106 GG (Kostenaufteilung Familienlastenausgleich Bund: 74 vH, Länder/Gemeinden: 26 vH). Ausgleichsanspruch Länder/Gemeinden: mindestens 1,8 Mrd DM. Ökosteuerbelastung für Länder und Gemeindehaushalte von zusammen 0,5 Mrd DM. Neuregelung 620-DM-Jobs: Steuerausfälle von 2,6 Mrd DM für Länder/Gemeinden.
● EURO: Durchgesetzt. Erfolgreicher Start zum 01.01.1999. Europäische Wäh-	● Lafontaine und Schröder skeptische Haltung zum EURO. Schröder im März

CDU/CSU und FDP-Koalition bis 1998 – Gute Bilanz –	Hundert-Tage Rot-Grün – Perspektiven für 1999 –
rungsunion mit Europäischer Zentralbank (unabhängig) und Europäischem Stabilitätspakt. Harte EURO-Währung.	1998: „Die überhastete Währungsunion hat zu einer kränkelnden Frühgeburt geführt." (Bild v. 26.03.1998). Lafontaine 1996: „EURO vernichtet Arbeitsplätze." Lafontaine's Druck auf unabhängige Europäische Zentralbank zur Zinssenkung. Jetzt springen Lafontaine und Schröder auf den EURO-Zug. Lafontaine: „Mit dem EURO werden Wachstums- und Beschäftigungsimpulse des Europäischen Binnenmarktes voll zur Geltung kommen." (Handelsblatt v. 31.12.1998). Schröder: „Der EURO hat seinen ersten Härtetest auf den Märkten mit Bravour bestanden." (Handelsblatt v. 31.12.1998).
● Weitere positive Ergebnisse zum Jahreswechsel:	
▶ Anhebung Grundfreibetrag bei Einkommensteuer entlastet Verheiratete mit 60.000 DM zu versteuerndem Einkommen um 350 DM/Jahr und wurde von alter Koalition beschlossen.	▶ Absenkung Eingangssteuersatz entlastet Verheiratete mit 60.000 DM zu versteuerndem Einkommen lediglich um 82 DM/Jahr.
▶ Verbesserung der Vermögensbildung.	
▶ Sinkende Telefongebühren durch Liberalisierung des Telekommarktes (von SPD nicht gerade begrüßtes Projekt).	
▶ Schiffssicherheitsgesetz mit neuer Tonnagesteuer.	
▶ Anhebung Wehrsold.	

Von Dietrich Austermann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Jugendkultur in Wien: Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. bietet vom 2. bis 6. April (Ostern) ein Kulturseminar für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 26 Jahren in Wien an. Vorgesehen sind sowohl historisch-kulturelle als auch bildungspolitische Programmpunkte und natürlich steht auch wieder eine interessante Führung durch das Schloß Schönbrunn auf dem umfangreichen Programm.

Nähere Informationen und Programme sind zu erhalten bei:

Frischluft e.V., Annabergerstr. 283, 53175 Bonn, Tel.: 0228/310023 oder per Fax: 0228/314703.

„Die Hessen-Wahl ist zu gewinnen!“

Die hessische CDU hat in den Kasseler Messehallen die heiße Phase des Landtagswahlkampfs eröffnet. Mehr als 2.000 Menschen feierten dort mit stehenden Ovationen den CDU-Ministerpräsidenten-Kandidaten und CDU-Landesvorsitzenden Roland Koch und den Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, die unter Fanfarenklängen in die proppenvolle Halle kamen. Beide verbreiteten eine große Siegeszuversicht und ermutigten die Menschen, sich im Wahlkampf noch stärker für die Partei zu engagieren.

Die Wahl sei offener denn je, denn „die Wähler treffen die Entscheidung immer kurzfristiger“, sagte Wolfgang Schäuble. Koch rief die CDU-Anhänger auf, dafür zu sorgen, daß „niemand uninformiert bleibt“. Jeder in Hessen müsse wissen, daß am 7. Februar eine richtungsweisende Landtagswahl anstehe. Mit einem symbolischen Handschlag verpflichtete Roland Koch, stellvertretend für alle Kreis-, Stadt- und Gemeindeverbände die Kreisvorsitzenden von Kassel-Stadt und Kassel-Land, um die Stimmen zu werben, die im Vergleich zur letzten Landtagswahl noch zum Sieg fehlen.

Per Computer hat die Hessen-Union für alle Kreis-, Stadt- und Gemeindeverbände und alle Ortsteile ausrechnen lassen, wie viele Menschen bei gleicher Wahlbeteiligung, die 1995 SPD gewählt haben, zur CDU wechseln müssen. So sind es in der südlichsten Gemeinde Hessens, Neckarsteinach, 44 Stimmen, in der nördlichsten Gemeinde Bad Karlshafen, 68 und im Vogelsbergkreis, um einen Landkreis zu nennen, 1681 Stimmen, die es für die CDU zusätzlich zu gewinnen gilt. „Das ist für die hessische CDU eine durchaus leistbare Aufgabe“, sagte Koch unter großem Beifall der anwesenden Besucher.

Einig waren sich Koch und Schäuble im Kampf gegen die geplante Einführung der generellen doppelten Staatsbürgerschaft. Schäuble bekräftigte vor den Zuhörern seine Kritik: „Die doppelte Staatsbürgerschaft ist ein schwerer Fehler, wenn es um Integration geht.“ Eine Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts könne zudem von einer CDU-geführten Bundesregierung nicht mehr zurückgenommen werden. Um die Integration voranzubringen, wolle die CDU das Nachzugsalter für ausländische Kinder senken, um ihnen zu ermöglichen, auch deutsche Kindergärten und Schulen zu besuchen.

Staatsangehörigkeit ist Abschluß der Integration

Gleichzeitig sei eine Zuzugsbegrenzung notwendig, wenn man das Ziel der Integration nicht aus den Augen verlieren wolle, sagte Schäuble. Die Staatsangehörigkeit sei der Abschluß der Integration. Koch führte unter großem Beifall aus, daß Bundesaußenminister Fischer (Grüne) mit weinerlicher Stimme beklage, daß die CDU die Straße mobilisiere: „Aber von einem, der in seinem Leben Molotow-Cocktails gegen den Staat geworfen hat, lassen wir uns keine Unterschriftensammlung verbieten.“

Koch kündigte an, Schwerpunkte unter seiner Regierungsverantwortung setzen zu wollen. Das Wichtige müsse man endlich auch wieder wichtig nennen. Im Gegensatz zu einem bayerischen oder sächsischen Schüler erhalte ein hessischer Schüler 1.000 Schulstunden weniger in seinem Schulleben. Dies sei ein nicht hinzunehmender Zustand, dem Koch die Un-

terrichtsgarantie entgegensetzt. Damit wird den hessischen Schülerinnen und Schülern zugesagt, daß sie den Unterricht erhalten, der ihnen laut staatlich verordneter Stundentafel auch zusteht.

Erst wenn diese Garantie erfüllt sei, so Koch, werde es Geld für die Polizei oder Landwirtschaft geben. „Sonderprogramme des Landes, etwa zur Förderung der Rockmusik spielenden Mädchen, kann sich ein Land eben nicht leisten, solange 100.000 Wochenstunden an Hessens Schulen ausfallen", so der CDU-Spitzenmann Roland Koch.

Gegen politische Blockaden

Die CDU werde sich neben der Einlösung der Unterrichtsgarantie darauf konzentrieren, daß in der Wirtschaftspolitik die „Verkehrsblockade" in Hessen aufgehoben werde und der Bau der Autobahnen 44 und 49 sowie der Flughafen Kassel-Calden vorangebracht werde. Koch will Hessen wieder zu einem technikfreundlichen Land machen und die Blockadenpolitik der jetzigen Landesregierung umgehend aufheben.

„Wenn wir heute vom Verfassungsschutz wissen, daß 11.000 kurdische Bürger im Zweifel mehr Loyalität zur kurdischen Sache als zur deutschen Rechtsordnung haben, dann können wir nicht einfach Automatismen einführen, die all diese Bürger zu deutschen Staatsbürgern machen."

Roland Koch,
Vorsitzender der CDU Hessen

Polizei und Justiz sollen in Hessen wieder hart durchgreifen. Dazu kündigte Koch an, die sog. Schleierfahndung (mit verdachtsunabhängigen Kontrollen), die bereits erfolgreich in Bayern und Baden-Württemberg praktiziert wird, in seiner Regierungsverantwortung einzuführen.

In Bayern zähle die Polizei z.B. je 100.000 Einwohner 85 Wohnungseinbrüche, in Hessen seien es 355. Mit einem kämpferischen „Glückauf" verabschiedete Koch die Zuhörer in den bevorstehenden Wahlkampf.

Man ist immer das Kind von irgendwem

Die französische Boulevardzeitung „France-Soir" hat in ihrer Ausgabe vom 6. Januar zu den Plänen der Regierung in Paris Stellung genommen, die Gewalt in den Vorstädten zu behaupten:

Innenminister Jean-Pierre Chevenement holt nun den Knüppel heraus. Die Stunde der Repression hat geschlagen. Null Toleranz steht auf dem Programm. Seien wir kompromißlos, um die Jungen davor zu bewahren, es ebenfalls zu sein - das ist das neue 'Leitmotiv' der Linken, die zum sicherheitspolitischen Realismus bekehrt sind. Früher haben die konservativen Innenminister Charles Pasqua und Jean-Louis Debre nichts anderes während ihrer Amtszeit gesagt. Und die Gewalt in vorderster Reihe hat sich weiter verschlimmert und zieht heute schon Blagen an, die gerade aus der Wiege gestiegen sind.

In unserem Gesetzesarsenal gibt es Strafen. Man kann sie sicherlich zur Abschreckung verschärfen. Aber man wird nicht durch Zufall straffällig mit zehn, zwölf oder 13 Jahren. Man ist immer das Kind von irgendwem. Am Anfang sind die Eltern. Familienvater, um wieviel Uhr kommst Du heute nach Hause?

Rot-grüne Landesregierung schuld an möglichen Wohnungsengpässen

Zu den empörenden Äußerungen des Geschäftsführers des hessischen Mieterschutzbundes, Jost Hemming, erklärte die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch:

Der Geschäftsführer des hessischen Mieterschutzbundes Jost Hemming pflegt mit seiner Kritik an der Wohnungspolitik der alten Bundesregierung einmal mehr seine bekannten parteipolitischen Vorurteile und verrät die Interessen der ihm anvertrauten hessischen Sozialmieter. Herr Hemming müßte eigentlich wissen, daß die Bundesregierung Helmut Kohl nicht für eine mögliche Wohnungsnot in Hessen verantwortlich ist. Bereits Bauminister Töpfer hatte 1996 mit der von ihm in Auftrag gegebenen Wohnungsbau-Bedarfsprognose ermitteln lassen, daß angesicht der demographischen Entwicklung und der Zuwanderung nach Deutschland ein jährlicher Wohnungsneubau von 450.000 Wohnungen nötig sei.

Mit stabilen Fertigstellungsergebnissen von über 500.000 Wohnungen in den vergangenen Jahren konnte der Wohnungsmangel in Deutschland – auch durch eine beispielhafte Wohneigentumspolitik – zurückgeführt werden. Gefährdungen für diese Bauproduktion ergeben sich heute eher aus der verfehlten Steuerpolitik der Regierung Schröder, die von Investitionen im freifinanzierten Mietwohnungsbau abschrecken läßt.

Im sozialen Wohnungsbau hat die Bundesregierung Helmut Kohl seit 1990 mit 23 Milliarden DM etwa 870.000 Sozialwohnungen geschaffen. Die abnehmende Wohnungsnot und Erfordernisse einer neuen Belegungspolitik haben in der sozialen Wohnungspolitik die Priorität vom Neubau hin zur Bestandsförderung verlagert. Dies fordert heute auch die neue Bundesregierung.

Wenn sich die Wohnungssituation für Sozialmieter in Hessen verschlechtert, so hat dies die rot-grüne Landesregierung in Wiesbaden zu verantworten. Ministerpräsident Eichel hatte 1995 versprochen, bis 1999 30.000 neue Sozialwohnungen in Hessen zu fördern. In der Zwischenzeit mußte Wohnungsminister Klemm bereits einräumen, daß dieses Ziel gerade einmal zur Hälfte erreicht werde. Damit wurde ein Versprechen an die Sozialmieter gebrochen. Gerade einmal 103 Millionen DM stellt das Land Hessen für den sozialen Wohnungsneubau bereit, während es 1993 noch 638 Millionen DM waren.

Rot-Grün hat ihr Ziel bei weitem nicht erreicht und ihr Versprechen an die Sozialmieter gebrochen.

Daneben beabsichtigt die rot-grüne Landesregierung, die Wohnungsbauförderung durch das neue „Sondervermögen Wohnungsbau und Zukunftsinvestitionen" auf diesem niedrigen Niveau zu halten. Leider sind von Rot-Grün auch keine Initiativen erkennbar, wie die erschreckend niedrige Genehmigungsquote von nur 4,9 Wohnungen je 1.000 Einwohner (1997) angehoben werden könnte. Niedrigere Genehmigungsquoten haben nur die alimentierten Bundesländer Saarland und Bremen.

Der hessische Mieterschutzverein sollte sich im Interesse der Sozialmieter bei der Landesregierung für eine verbesserte Wohnungsbauförderung einsetzen oder besser noch diese Landesregierung mit abwählen helfen. ■

Die Rechnung kommt erst nach der Hessen-Wahl auf den Tisch

Zur widersprüchlichen Meinungslage im rot-grünen Regierungslager über die Gegenfinanzierung der Steuerreform zu Lasten der Bau- und Wohnungswirtschaft erklärte der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Bau- und Wohnungswesen, Dietmar Kansy:

Was gilt nun eigentlich, Herr Bauminister Müntefering? Während Sie in einem Zeitungsinterview am Dienstag die von der Bau- und Immobilienwirtschaft unisono befürchteten negativen Auswirkungen der „Giftliste" zur Finanzierung des „Steuerentlastungsgesetzes" in Abrede stellen („man kann damit leben"), melden Sie einen Tag später im Bundeskabinett zusammen mit dem Landwirtschaftsminister die meisten und finanzträchtigsten „Ressortvorbehalte" an. Wie die Bauwirtschaft setzen Sie sich darin u.a. für die Beibehaltung von Teilwertabschreibungen, des Verlustrücktrags wie der steuerlichen Vergünstigungen für Baudenkmale ein.

Was ist auch Ihr Eintreten für einen Erhalt des Vorkostenabzugs für die Häuslebauer wert, wenn sich in den Beschlußempfehlungen für die nächste Bundesratssitzung kein einziger Landesfinanzminister Ihrer Partei hinter Sie stellt und sogar ihre rot-grünen Länder-Baukollegen einmütig die Streichung des Vorkostenabzugs (zur Mitfinanzierung der nächsten Wohngeldnovelle) empfehlen?

Und auch bei der von Ihnen einstweilen noch „strikt" abgelehnten Absenkung der Einkommensgrenzen bei der Eigenheimförderung liegen Ihnen doch die gegenteiligen Forderungen Ihrer A-Länderkollegen bereits seit September schriftlich vor. Daß zudem nicht nur Ihr grüner Koalitionspartner für Eingriffe zu Lasten des selbstgenutzten Wohneigentums nachhaltig votiert, sondern jetzt auch noch ein PDS-Bauminister die A-Länder-Front zur Absenkung der Einkommensgrenzen erklärtermaßen verstärkt, wird für eine Einschätzung der politischen Gefechtslage nicht unerheblich sein. Was Sie, Herr Minister Müntefering, bislang noch vertraulich unter Verschluß halten, soll jedoch erst nach der Hessenwahl ans Licht der Öffentlichkeit kommen.

Bundesgerichtshof lehnt Einsatz von Lügendetektortests ab

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat den Einsatz der umstrittenen Lügendetektortests im Strafprozeß abgelehnt und damit die Revision zweier Männer verworfen, die von den Landgerichten in Kempten und Mannheim wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern zu fünf und drei Jahren Haft verurteilt worden waren. Die Männer hatten beantragt, ihre Unschuld durch ein Glaubwürdigkeitsgutachten mit Hilfe eines Lügendetektors beweisen zu dürfen. Wegen der Ablehnung dieser Beweisanträge hatten sie Revision eingelegt.

Bescherung:

Da haut's dir die letzten Nadeln von der Tanne

Mit einem Plakat, das einen dürr gewordenen Tannenbaum zeigt, zieht die hessische CDU gegen Rot-Grün in den Landtagswahlkampf.

Die Union präsentierte am 6. Januar in Wiesbaden das Plakat, das in den kommenden Wochen bis zur Wahl am 7. Februar mehr als 1.500 Exemplaren in Hessen verbreitet werden soll. Unter dem Titel „Da haut's Dir die letzten Nadeln von der Tanne" ist von höheren Steuern und Energiekosten durch die Bonner Regierungspolitik die Rede: „Rot-Grüne Bescherung", heißt es.

„Wir wollen den Leuten deutlich vor Augen führen, was die Konsequenz aus Rot-Grün ist", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Franz-Josef Jung, bei der Vorstellung des Plakats.

Abgeschmückt und abgenadelt

Rot-Grün wolle den Bürgern mit der Erhöhung des Kindergelds Sand in die Augen streuen. Der Einkommenszuwachs der Familien werde durch geplante höhere Steuern wieder zunichte gemacht. Daß der abgenadelte Tannebaum ausgerechnet am Dreikönigstag präsentiert wurde, begründete Jung damit, daß an diesem Tag viele Menschen traditionell den Weihnachtsbaum abschmückten. ■

Keine Amnestie für Schreibtischtäter

Zu den Forderungen des PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky nach Amnestie für DDR-Funktionäre erklärt Vera Lengsfeld:

Am Tag nach Weihnachten hat der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky noch einmal klargemacht, welchen Preis die PDS für ihr Mitregieren in den neuen Bundesländern fordert: einen Schlußstrich unter die DDR-Vergangenheit, eine Absolution für alle Täter, eine Uminterpretation der Geschichte.

Die PDS will, daß die DDR zukünftig wie ein normaler Staat betrachtet wird. Damit soll die Diktaturgeschichte des SED-Regimes entsorgt werden. Zwar erhebt Bisky angeblich keine Forderungen nach Haftentschädigung. Aber die werden folgen. Wenn erst festgestellt wird, daß die DDR ein normaler Staat war, kann es nicht strafbar gewesen sein, ihren Gesetzen zu folgen. Der Vorstoß der rechtspolitischen Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Evelyn Kenzler, war also kein Alleingang, sondern wohlüberlegtes Kalkül.

Biskys Vorstoß zum jetzigen Zeitpunkt soll beitragen, die Öffentlichkeit an die „Normalität" der PDS-Forderungen zu gewöhnen.

Gegen neue Stromsteuern

Zum Vorschlag von Umweltminister Jürgen Trittin, Kernbrennstäbe mit einer eigenen Öko-Steuer zusätzlich zu belasten und so den Atomstrom zu verteuern, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Der Vorschlag von Umweltminister Trittin, eine Extra-Steuer auf Kernbrennstäbe zu erheben, ist ein weiteres Beispiel für die Kreativität der Bundesregierung im Erfinden neuer Steuern.

Nachdem Wirtschaftsminister Müller vor kurzem einen „Zukunftspfennig" für alle Stromverbraucher ins Gespräch gebracht hatte, will Umweltminister Jürgen Trittin nun den Atomstrom zusätzlich belasten. Getroffen wird in beiden Fällen der Stomverbraucher: In der Variante Müller zahlt er 0,5 Pf/kwh zusätzlich für seinen Strom (= insgesamt 2,5 Mrd. DM pro Jahr), in der Variante Trittin zahlt er 1 Pf/kwh zusätzlich für Atomstrom (= insgesamt 1,5 Mrd. DM pro Jahr). Deshalb ist die Kritik von Wirtschaftsminister Müller an Trittins Plänen in der Sache zwar berechtigt, aber wenig glaubwürdig.

Folgte man im übrigen der Argumentation des Bundesumweltministeriums, daß die Kernenergie besteuert werden müsse, weil auch Öl und Gas besteuert würden, dann stellt sich sofort die Frage: Wann folgen die Vorschläge der Bundesregierung für eine Extra-Steuer auf Braun- und Steinkohle? Schließlich basiert die Stromerzeugung weit überwiegend auf Kohle und Kernkraft.

Es ist jetzt nicht die Kreativität gefordert, sich immer neue Steuern auszudenken, sondern die Bundesregierung muß sehen, daß sie zu einer vernünftigen Energiepolitik zurückfindet.

Ein starkes Land voller Ideen und Chancen

Als Land mit über 10 Millionen Einwohnern, einer starken Wirtschaftskraft, mit herausragenden Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind wir stärker als eine große Zahl selbständiger Industrienationen. Wir sind wettbewerbsfähig, wenn wir unsere Kräfte bündeln. Aber wir müssen unsere starke Position täglich neu behaupten. Wer bewahren will, muß verändern. Wir bündeln und mobilisieren unsere Kräfte für die Gestaltung des Wandels.

Nach 15 Jahren Anlauf ist dieser Landesregierung die Fusion aller öffentlich-rechtlichen Banken auf Landesebene gelungen: Die optimale Lösung für unser Land, seine Bürger und seine Wirtschaft.

Mit der Gründung der neuen Landesbank Baden-Württemberg haben wir eine starke Antwort gegeben und den Finanzplatz Baden-Württemberg nachhaltig verbessert. Die Landesbank wird unserer Wirtschaft ein leistungsfähiger Partner bei der Ausweitung von Unternehmensaktivitäten und der Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Sie ist ein Signal für weitere Zusammenschlüsse und strategische Allianzen im privat-rechtlichen Finanzbereich. Die Landesregierung tritt dabei nachdrücklich für baden-württembergische Lösungen ein. Ich bin überzeugt: Von der Bankenfusion wird das ganze Land profitieren.

Auch die herausragende Entwicklung der Stuttgarter Börse stärkt den Finanzplatz Baden-Württemberg. Sie ist in Deutschland zur zweiten Börse nach Frankfurt aufgestiegen, und das ist ein großer Erfolg.

Unser Land muß das Land mit den meisten jungen Unternehmen sein, die an die Börse gehen.

Wir wollen Vermögen und Beteiligungskapital, Wohneigentum und Aktien in Arbeitnehmerhand.

Die Stuttgarter Börse hat vor kurzem einen bundesweit einzigartigen Marktplatz für Wagniskapital eröffnet. Das ist eine starke Antwort auf die Herausforderungen.

Mit der Energie Baden-Württemberg AG ist ein bedeutender Mitspieler im Wettbewerb des europäischen Energiemarktes entstanden. Als viertgrößter deutscher

Aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Erwin Teufel vor dem Landtag von Baden-Württemberg am 9. Dezember

Energieversorger mit einem Umsatz von über 4 Milliarden DM hat sich der neue Konzern hervorragend positioniert. Im ersten Halbjahr 1998 hat er das Betriebsergebnis um fast 14% gesteigert.

Weitere Fusionen packen wir an. Wir wollen die Zusammenschlüsse der Landeswohlfahrtsverbände und der Landesversicherungsanstalten sowie der Unfallversicherer noch 1999 abschließen.

Eine starke Antwort ist die Gründung des Südwestdeutschen Rundfunks (SWR). Der neue Landessender Baden-Württemberg wird das Land weiter zusammenführen und die Landesidentität stärken; endlich, 50 Jahre nach der Besatzungszeit, die unser Land in zwei Sendegebiete teilte. Die Stärke des Landes wird auch durch unsere Identität als Baden-Württemberger be-

stimmt. Den Medien kommt dabei eine entscheidende Rolle zu.

Der SWR wird auch eine gewichtige Rolle in der ARD spielen. Der kulturelle, wirtschaftliche und politische Rang unseres Landes muß auch im Ersten Fernsehprogramm stärker zum Ausdruck kommen.

Die Reform von Struktur und Finanzen der ARD ist überfällig. Baden-Württemberg und Rheinland Pfalz haben ein Beispiel gegeben. Andere müssen folgen.

Wenn es bei der Einheitsgebühr bleiben soll, muß in Zukunft jede Anstalt mit den Gebühren ihres Sendegebietes auskommen. Baden-Württemberg wird einem neuen Rundfunkfinanzausgleich über das Jahr 2000 hinaus nicht zustimmen. Wer die Musik bestellt, der muß sie auch bezahlen.

Über die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks entscheiden nicht die EU-Organe und nicht EU-Kommissar van Miert, sondern die Landtage und niemand anders.

Die Landesregierung hält am dualen Rundfunksystem fest. Der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks umfaßt Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung. Dies schließt auch die Übertragung von Sportereignissen mit ein.

Bei der Neufassung des Landesmediengesetzes werden wir den privaten Rundfunkveranstaltern die Möglichkeit geben, besser zu wirtschaften, und wir werden der fortschreitenden Digitalisierung bei der Rundfunkverbreitung Rechnung tragen. Wir werden durch eine Neuordnung der Frequenzen ein überregionales privates Hörfunkprogramm vorwiegend für junge Menschen ermöglichen.

Wir bestehen darauf, daß der gesamte Kulturbereich in der Länderhoheit verbleibt. Wir sind nicht bereit, hier Kompetenzen an den Bund oder an die europäische Ebene abzugeben.

Wir wollen unseren eigenen erfolgreichen Weg konsequent weitergehen. Wir treten deshalb für einen Föderalismus ein, der den Ländern und ihren Parlamenten wieder mehr Eigenverantwortung ermöglicht, der ihre ureigenen Zuständigkeiten schützt und durch die Rückgabe von Kompetenzen ihre Handlungsspielräume wieder erweitert. Wir setzen auf einen echten Gestaltungsföderalismus. Wir wollen klar geregelte Zuständigkeiten zwischen Bund und Land und damit klare Verantwortlichkeiten. Der Kompetenzdschungel muß weg.

Eigene Kompetenz hat Vorrang vor Beteiligung. Sie muß auch den Landtagen wieder mehr Gesetzgebungszuständigkeiten bringen. Mischfinanzierte Aufgaben sind abzuschaffen. Wir sind für die Ausweitung der Finanz- und Steuerautonomie der Länder.

Der Erfolg oder Mißerfolg eigenverantworteter Wirtschafts- und Strukturpolitik eines Landes muß für die Bürger, Arbeitnehmer und Unternehmen eines Landes sichtbar sein. Der Abbau der Politikverflechtung ist für mich auch eine Frage der Durchsichtigkeit und der demokratischen Kontrolle. Erfolg und Mißerfolg müssen für den Bürger zurechenbar sein, wenn er seine Wahlentscheidung trifft.

Baden-Württemberg geht seinen eigenen Weg

Gemeinsam mit meinen Ministerpräsidentenkollegen Biedenkopf, Stoiber und Vogel habe ich im Juli dieses Jahres eine Enquête-Kommission der Verfassungsorgane des Bundes über eine Neugestaltung des Föderalismus, über eine Stärkung der Länderkompetenzen und der Gesetzgebung der Landesparlamente und über eine größere Finanzautonomie vorgeschlagen. Ich habe mich in einem Brief mit den drei Kollegen an die Bundestagspräsidentin, den Bundesratspräsidenten und den Bundeskanzler gewandt. Wir werden alles tun,

um Bewegung in ein Zentralanliegen der Länder zu bringen, in dem es bisher nur Einbahnverkehr in Richtung Bonn gab.

Baden-Württemberg zahlt nicht nur aus der Staatskasse den Länderfinanzausgleich und Aufbauhilfe für die neuen Länder.

Die Bürger, die Handwerker und Unternehmer unseres Landes zahlen auch:

- 1.650 Millionen in den Krankenversicherungsausgleich West
- 200 Millionen in den Krankenkassenstrukturausgleich Ost
- 600 Millionen in die Pflegekassen anderer Länder.

Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen und Ersatzkassen zahlen immer höhere Ausgleichsbeträge für ihre Mitglieder.

In Baden-Württemberg könnte man sofort die Lohnzusatzkosten nennenswert senken, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber nur in ihre Versicherungssysteme und nicht mit hohen Millionensummen in die Versicherungskassen anderer Länder bezahlen müßten. Das wäre auch eine lohnende Aufgabe für ein Bündnis für Arbeit.

Wir werben deshalb mit Nachdruck für die Dezentralisierung in den sozialen Sicherungssystemen.

Wir treten dafür ein, die Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit im Bereich der Arbeitsvermittlung zu regionalisieren.

Mit Nachdruck fordern wir eine Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Aufgaben der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in der Rentenversicherung sollten so weit wie möglich auf die Landesversicherungsanstalten verlagert werden.

Außerdem müssen zur Stärkung des föderalen Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung Strukturen geschaffen werden, die in den Ländern deutliche Wirtschaftlichkeitsanreize setzen und die Kosten im Gesundheitswesen senken.

Hierfür müssen bei allen Krankenkassen regionale, auf die Länder bezogene Beitragssätze eingeführt werden.

Eine Verlängerung des Risikostrukturausgleiches Ost lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Der Bund hat klare Zusagen für eine Befristung dieser Leistung gegeben. Eine neue Bundesregierung ist nach Treu und Glauben an solche Zusagen gebunden. Wir fordern, daß sie von der neuen Regierung eingehalten werden.

Baden-Württemberg ist solidarisch und wird seine Verpflichtungen insbesondere für die neuen Länder im Rahmen des Solidarpakts einhalten. Aber Umfang und Ausmaß der derzeitigen Ausgleichssysteme sind nicht länger hinnehmbar.

Wir haben seit Bestehen des Länderfinanzausgleichs 51 Mrd. DM einbezahlt und keine einzige DM herausbekommen. Gäbe es den Länderfinanzausgleich nicht, stünden wir heute ohne eine einzige Mark Schulden da. Von 100 DM zusätzlichen Steuereinnahmen in Baden-Württemberg gehen aktuell 74 DM, also drei Viertel an andere Länder, lediglich 26 DM verbleiben im Land. Wir wehren uns gegen eine solche Totalnivellierung.

Wir wollen den Finanzausgleich reformieren und gerechter machen. Deshalb haben wir Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Das geltende System macht Leistungswille zunichte und ersetzt Solidarität durch Ausbeutung. Damit muß Schluß sein.

Wir in Baden-Württemberg schaffen leistungsfähige Strukturen, auch in der Verwaltung. Baden-Württemberg führt die Verwaltungsreform bundesweit an. In Baden-Württemberg sind Genehmigungszeiten für Betriebsanlagen kürzer, das Qualitätsmanagement ist besser und die Verwaltung ist kundenfreundlicher.

Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung werden wir in der zweiten Hälfte dieser Legis-

laturperiode die Einführung der dezentralen Budgetierung und der Kosten- und Leistungsrechnung und damit die größte Reform der öffentlichen Verwaltung überhaupt angehen.

Moderner, leistungsfähiger, kundenfreundlicher - das muß das Bild der Landesverwaltung am Anfang des 21. Jahrhunderts sein.

In den vergangenen Jahren hatten wir den niedrigsten Anstieg der Neuverschuldung aller 16 deutschen Länder. Daran halten wir fest.

Ein solider Landeshaushalt ist auch in Zukunft die Grundlage für unsere Gestaltungskraft. Wir führen unseren Kurs der Solidität fort. Jahr für Jahr werden wir unsere Investitionen im Landeshaushalt erhöhen und die Personalkostenquote senken. Unsere mutigen Beschlüsse zum Abbau von Stellen werden wir weiterhin ohne Entlassungen umsetzen.

Wir sind für eine echte Steuerreform, die für die Bürger Entlastungen bringt und den Eingangssteuersatz auf 15% absenkt.

Wir sind für eine Entlastung der Unternehmen, vor allem des Mittelstandes, des Handwerks, des Handels und der freien Berufe. Sie stärkt die Ertragskraft, die Investitionen und Innovationen und damit die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Was die neue Bundesregierung bisher als Steuerreform vorgelegt hat, verdient den Namen Reform nicht. Es ist ein Schlag in das Gesicht der mittelständischen Unternehmen, die in Baden-Württemberg 70% der Arbeitsplätze und 80% der Ausbildungsplätze stellen.

Sie schwächt ihre Eigenkapitalbasis, ihre Investitionsfähigkeit und ihre Chancen im Wettbewerb, statt sie zu stärken. Jetzt werden sie auch noch bestraft. So schafft man keine Beschäftigung.

Der österreichische Bundeswirtschaftsminister erklärte, daß sich seit zwei Monaten pro Tag 20 ansiedlungswillige deutsche Unternehmer bei ihm melden und sich nach den Ansiedlungsbedingungen erkundigen. Aus der Schweiz habe ich ähnliche Informationen. Wir in Baden-Württemberg sehen nicht tatenlos zu, wenn europäische Nachbarländer wegen der neuen Bundespolitik versuchen, Unternehmen aus Deutschland abzuwerben. Wir werden die Erfolge und die Vorzüge unseres Landes professionell und offensiv vermarkten. Wir werden ein Standortmarketing und eine Imagekampagne Baden-Württemberg starten und die Dynamik unseres Landes positiv herausstellen.

Gewinn auch für die Regionen

Baden-Württemberg hat im übrigen im Innern die ausgewogenste Struktur aller Länder in Deutschland. Bei uns haben alle Regionen und Landschaften, die großen Städte und der ländliche Raum überdurchschnittliche Entwicklungschancen und eine überdurchschnittliche Wirtschaftskraft und Steuerkraft. Wenn Baden-Württemberg gewinnt, gewinnen auch die Regionen im Land.

MV: Kommunalwahlen und Europawahl an einem Tag

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern hat Ende Dezember beschlossen, die Wahlen von Gemeindevertretungen, Kreistagen und ehrenamtlichen Bürgermeistern am 13. Juni abzuhalten. An diesem Tag wird auch das Europaparlament in Straßburg gewählt. Bereits 1994 waren die Kommunalwahlen mit der Europawahl zusammengelegt worden.

11. Landesparteitag in Riesa

96,1 Prozent für Kurt Biedenkopf

Aus Verantwortung für Sachsen

Einen entscheidenden Meilenstein auf dem Weg in die Landtagswahl 1999 hat sich die sächsische CDU gesetzt.

Mit dem überwältigenden Ergebnis von 96,1 Prozent haben die Delegierten des 11. Landesparteitages der Sächsischen Union am 12. Dezember in Riesa ihr „Ja" zu Kurt Biedenkopf als Spitzenkandidat zur Landtagswahl am 19. September 1999 bekundet.

Dieses Parteitagsvotum ist ein klares Signal an die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der CDU-Landesliste für den dritten Sächsischen Landtag, die am 6. Februar 1999 die Nominierung vornimmt.

Unmißverständlich formulierte Biedenkopf das Ziel der Sächsischen Union: „Wir wollen auch weiterhin Verantwortung für Sachsen tragen. Unsere bisherige Arbeit ist das Zeugnis, mit dem wir uns bewerben. Wir werden mit den Menschen darüber reden, was wir gemeinsam getan haben und was zu tun sein wird. Unsere Aufgabe wird unter der Überschrift stehen, *Verantwortung für Sachsen* und *Verantwortung füreinander in Sachsen.* Diese Verantwortung wird unsere Arbeit prägen."

Innovative Ideen, Weitblick und frischer Geist

Biedenkopf appellierte an die Sächsische Union, ein Fels in der Brandung zu sein.

Der Landesvorsitzende, Fritz Hähle MdL, der zugleich der Landtagsfraktion vorsteht, hatte zuvor leidenschaftlich für den sächsischen Ministerpräsidenten geworben: „Wir brauchen weiterhin die innovativen Ideen und den Weitblick dieses frischen Geistes, dieses angesehenen und erfahrenen, der Wissenschaft verbundenen Politikers Biedenkopf."

Ganz besonders herzlich begrüßte Hähle die 50 Neumitglieder, die der Einladung zum Parteitag gefolgt waren. Die Union solle eine starke Gemeinschaft sein mit einem klaren Profil und gemeinsamen Wertevorstellungen.

Mit Blick auf das Wahljahr 1999 benannte Hähle folgende Ziele:

Für die Europawahl wieder eine starke sächsische Vertretung im Europäischen Parlament zu stellen, für die Kommunalwahl stärkste politische Kraft in den Kommunen zu bleiben und für die Landtagswahl die Mehrheit im Sächsischen Landtag zu erringen, um die Regierungsverantwortung fortsetzen zu können.

„Wir denken nicht über Koalitionen nach, wir werden die Mehrheit erringen", hieß die optimistische Botschaft des Vorsitzenden.

Die Delegierten haben auf diesem Parteitag damit begonnen, die Ziele der Partei bis 2004 zu diskutieren. Die erste Programmdiskussion für das Programm „Wie soll Sachsen im Jahr 2000 aussehen?" hatte vor sechs Jahren ebenfalls in Riesa begonnen.

Als Erfolgsrezept für das Wahljahr 1999 gab Hähle den Delegierten mit auf den Weg: „Wir werden bis zum letzten Tag vor der Wahl eine gute politische Arbeit zum Wohle des Landes leisten, und wir werden dies ab dem ersten Tag nach der Wahl fortführen. Wir werden die Wahl gewinnen!" ■

In Hessen geht es los

Die 17 Wahltermine in diesem Jahr

Insgesamt 17 Wahltermine stehen 1999 auf dem Kalender: die Europawahl, sieben Landtags- und neun Kommunalwahlen. Den Anfang macht die Entscheidung über das hessische Landesparlament in Wiesbaden. Hier die Termine:

7. Februar:
Landtagswahl in Hessen

6. Juni:
Landtagswahl in Bremen

13. Juni:
Wahl des Europaparlaments (bundesweit)
Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern
Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz
Kommunalwahl in Saarland
Kommunalwahl in Sachsen
Kommunalwahl in Sachsen-Anhalt
Kommunalwahl in Thüringen

5. September:
Landtagswahl in Brandenburg vorgesehen

12. September:
Landtagswahl in Thüringen
Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen

19. September:
Landtagswahl in Sachsen Landtagswahl im Saarland vorgesehen

10. Oktober:
Landtagswahl in Berlin

24. Oktober:
Kommunalwahl in Bremerhaven vorgesehen.

EAK-Spendenaktion für Kirche in Mecklenburg-Vorpommern

Um die Dorfkirche in Gnevkow (Pommersche Evangelische Kirche) vor dem Einsturz und der Schließung zu bewahren, hat der Evangelische Arbeitskreis zu einer Spende aufgerufen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Aktion unterstützen würden. Das entsprechende Konto lautet:

Deutsche Bank Demmin,
BLZ 130 700 00, Konto: 4407086,
Kennwort: Kirche Gnevkow

Die Kirche ist ein kleiner, rechteckiger Feldsteinbau aus dem frühen Mittelalter: Auf dem Kirchhof steht ein freistehender Glockenstuhl. Für das Dorf ist die Kirche das prägende Bauwerk.

Gnevkow ist ein Dorf mit ca. 200 Einwohnern und liegt an der Bahnstrecke Stralsund - Neubrandenburg, zwischen Demmin und Altentreptow.

Benötigt wird ein Raum, der für jegliche Gemeindearbeit zur Verfügung steht (Gottesdienste, Amtshandlungen, musikalische Veranstaltungen, Unterricht, Gesprächskreise). Ein weiterer kirchlicher Raum ist nicht vorhanden.

Drogenpolitik darf nicht zum Experimentierfeld werden

Zu den drogenpolitischen Äußerungen von Bundesgesundheitsministerin Fischer und der Drogenbeauftragten der Bundesregierung Nickels erklärte der drogenpolitische Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hubert Hüppe:

Der drogenpolitische Zickzack-Kurs der rot-grünen Bundesregierung fügt sich nahtlos in das sonstige Erscheinungsbild der Koalition. Statt laut über Haschisch aus der Apotheke nachzudenken und Gesetzesinitiativen anzukündigen, sollte die Gesundheitsministerin endlich konkret etwas auf den Tisch legen, worüber man dann diskutieren könnte. Der für Ende 1998 angekündigte Entwurf zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes steht noch aus, doch ist dies angesichts der bisherigen Äußerungen aus der rot-grünen Koalition vielleicht gut so.

Bezeichnend ist, daß für ausstiegswillige Süchtige von den Verantwortlichen der rot-grünen Koalition auch nicht ansatzweise Ideen, geschweige denn schlüssige Konzepte vorgelegt werden. Dabei gäbe es nachahmenswerte Konzepte auf Länderebene wie „Therapie sofort" in Nordrhein-Westfalen oder das niedrigschwellige Ausstiegsprogramm in Baden-Württemberg. Die Gesundheitsministerin täte gut daran, diese bisher erfolgreichen Projekte für das gesamte Bundesgebiet weiterzuentwickeln.

Stattdessen strebt die Gesundheitsministerin eine staatliche Abgabe von Heroin an. Das ist aber ein Irrweg. Heroinverschreibung kann allenfalls bei einzelnen Süchtigen kurzfristig stabilisierend wirken, verfestigt aber die Sucht. Heroin-Abgabe kann auch nur unzureichend die Schwerstabhängigen erreichen, wie die Berichte des Schweizer Modellversuchs belegen. Frau Fischers Hoffnung, über Heroin-Abgabe Abhängigen den Weg in die Drogenfreiheit zu ermöglichen, wird durch die Schweizer Ergebnisse widerlegt.

„Heroin vom Staat" läßt neben dem unter Präventionsaspekten verkehrten Signal langfristig auch eine zusätzliche Drogenschwemme befürchten. Denn die Drogenmafia wird den Verlust bisheriger Kunden zu kompensieren wissen, indem sie neue anwirbt, ggf. mit Dumpingpreisen für Heroin.

Mit den jetzt als „Gesundheitsräumen" etikettierten Fixerstuben wird ein alter Hut rot-grüner Drogenpolitik aufgetischt. Selbst wenn dort möglicherweise einigermaßen hygienische Bedingungen herrschten und Heroin analysiert würde, sind sie gegen den Drogentod schon deshalb weitgehend unwirksam, weil besonders Drogenmixe aus verschiedenen Stoffen zu Todesfällen führen und weil die besonders risikofreudigen Drogen-Neueinsteiger kaum eine Fixerstube aufsuchen werden.

Dagegen ist zu befürchten, daß die für dieses Programm aufzuwendenden erheblichen Mittel an anderer Stelle abgezogen werden. Schon jetzt wird von Fachleuten übereinstimmend beklagt, daß zum Beispiel bei Methadonvergabe nur noch 15 % der Teilnehmer die notwendige psychosoziale Begleitung erfahren, obwohl dies bei Einführung der Methadonabgabe als unverzichtbar deklariert worden war. Dieses Beispiel nährt auch den Verdacht, daß, wenn Heroin-Abgabe erst in Modellen und dann als Standard etabliert ist, von der jetzt versprochenen psychosozialen Begleitung ebenfalls nicht mehr viel übrigbleiben wird. ■

Trauer um Michaela Geiger

Unter Anteilnahme von Spitzenpolitikern aller Parteien ist die frühere Bundestagsvizepräsidentin Michaela Geiger in ihrer oberbayerischen Heimat beigesetzt worden.

Theo Waigel sagte vor den rund 1000 Trauergästen, Michaela Geiger habe sich Respekt und Anerkennung sowie Freundschaft über die Parteigrenzen hinweg erworben. „Wir sind alle ärmer geworden. Wir haben einen großartigen Menschen, eine treue Wegbegleiterin verloren."

CSU-Landesgruppenchef Michael Glos lobte die Verstorbene als „vorbildliche Parlamentarierin", die die Gestaltung der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren entschieden mitgeprägt habe. Als ausgewiesene Expertin der CSU-Landesgruppe habe sie „über lange Jahre hinweg die gemeinsame Außenpolitik der Union wesentlich und erfolgreich mitformuliert".

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hob hervor, daß Michaela Geiger Bayern und die CSU stets hervorragend „mit großem Charme und Herz" in Bonn vertreten habe.

Eine warmherzige und moderne Frau

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, erklärte: Der Tod von Michaela Geiger trifft uns sehr. Sie war eine warmherzige und moderne Frau, die mit ihrem großen Engagement in hohen Ämtern von Fraktion und Regierung vor allem in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik viel für unser Land und für ihre Heimat geleistet hat. Als

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages erwarb sie sich durch ihre charmante und dem Geiste der parlamentarischen Demokratie verpflichtete Amtsführung hohes Ansehen über alle Fraktionsgrenzen hinweg. Trotz schwerer Krankheit hat sie bis in die Tage vor Weihnachten ihre Aufgaben als Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Gewissenhaftigkeit und großem Einsatz erfüllt. Das tiefe Mitgefühl der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über den schmerzlichen Verlust gilt ihrer Familie.

Bildungsangebote der Konrad-Adenauer-Stiftung

Noch mehr Frauen sollten ihre Chancen in Politik und Gesellschaft viel stärker wahrnehmen ...

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. gibt sich mit Forderungen dieser Art nicht zufrieden: Sie bietet Interessierten fundierte „Hilfestellungen" an – mit Frauenkollegs.

Diese Angebote (bei einigen ist Kinderbetreuung vorgesehen) haben zum Ziel, Frauen auf die Übernahme gesellschaftspolitischer Aufgaben und Ämter optimal vorzubereiten.

Es geht schlichtweg darum, daß Frauen bestehende Barrieren abbauen, eigene Fähigkeiten entdecken und Fertigkeiten entwickeln, auf Orientierungsfragen Antworten erhalten und den Mut finden, sich in Politik und Gesellschaft zu engagieren.

Aus dem Angebot in Schloß Eichholz:

Neu im Programm:

Chancen nutzen, politisch aktiv werden Frauen auf Erfolgskurs (Frauenkolleg)

Die Stufen dieses Kurses:

- Grundkolleg
  Selbstwertgefühl stärken – eigene Fähigkeiten entdecken
- Aufbaukolleg I
  Orientierung finden – politische Aufgaben erkennen
- Aufbaukolleg II
  Herausforderungen annehmen – Strategien entwickeln
- Abschlußkolleg
  Gekonnt argumentieren – politisch überzeugen

Die nächsten Termine (Grundkolleg):

5.-7.2.1999 (VA Nr. 37)
19.-21.3.1999 (VA Nr. 75)
16.-18.4.1999 (VA Nr. 94)
18.-20.6.1999 (VA Nr. 147)
3.-5.9.1999

Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Frau Gisela Urban
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax-Nr.: 02236/707-230

Jugendkultur in Hamburg

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. bietet vom 5. bis 7. Februar ein Kulturseminar für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 26 Jahren in Hamburg an.

Auf dem abwechslungsreichen Programm stehen neben Besichtigungen historisch interessanter und aktueller Bauten auch kulturelle Angebote und typische Hamburger Sehenswürdigkeiten.

Nähere Informationen und Programme sind zu erhalten bei:

Frischluft e.V.,
Annaberger Straße 283,
53175 Bonn,
Tel.: 0228/310023 oder per
Fax: 0228/314703.

Plakatwettbewerb „Europa wählen“

Die Europawahlen am 13. Juni werden richtungweisend sein. Vielen Bürgern ist die Bedeutung dieser Wahl aber noch nicht klar genug. Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) macht deshalb mit ihrem Plakatwettbewerb „Europa wählen“ auf die Wichtigkeit dieser Wahl aufmerksam. Gesucht werden Entwürfe, die einen deutlichen Appell zur Teilnahme an der Europawahl enthalten.

Zu gestalten ist ein bis zu vierfarbiges DIN A3 Plakat. Beteiligen können sich Studenten staatlicher Hochschulen (Einzelpersonen oder Gruppen) im Fachbereich Grafik-Design/Visuelle Kommunikation. Jeder Teilnehmer kann einen Entwurf einreichen.

Als Preise sind ausgesetzt:

1. Preis: 8.000 DM
2. Preis: 5.000 DM
3. bis 5. Preis: je 3.000 DM

Die Auswahl der besten Arbeiten trifft eine Jury. Die Entwürfe der Gewinner und weitere ausgewählte Arbeiten werden in einer Ausstellung präsentiert und sollen in einem Katalog publiziert werden. Deshalb sind reproduktionsfähige Unterlagen notwendig. Die Entwürfe (in doppelter Ausführung) müssen auf der Rückseite mit Namen, Anschrift, Telefon und Angabe der Hochschule versehen sein.

Einsendeschluß ist der 28. Februar (Poststempel). Die Gewinner werden im Frühjahr benachrichtigt und zur Ausstellungseröffnung eingeladen.

Alle Entwürfe müssen an folgende Adresse geschickt werden:

Konrad-Adenauer-Stiftung
Hauptabteilung Kultur
Postfach 1331
50387 Wesseling

Personalie

Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ist erneut zum Vorsitzenden der Parlamentarischen Kontrollkommission der Geheimdienste (PKK) gewählt worden.

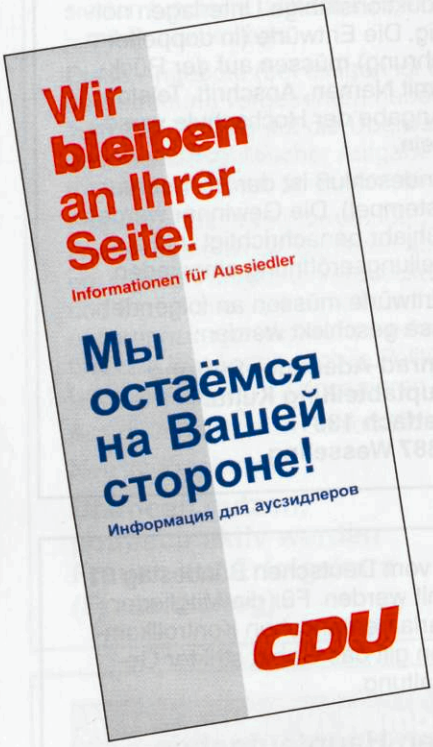
Der Kontrollkommission unterliegt die Kontrolle des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Militärischen Abschirmdienstes und des Bundesnachrichtendienstes.

Die Parlamentarische Kontrollkommission hat 9 Mitglieder, die unmittelbar vom Deutschen Bundestag gewählt werden. Für die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission gilt das Gebot strikter Geheimhaltung.

Zu den Hauptaufgaben

der Dienste und der PKK gehören die Gewährleistung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland, die sog. strategische Kontrolle (Abwehr möglicher Eingriffe von außen), die Bekämpfung von Terrorismus, Waffenhandel, Geldfälschung, schwerer Drogendelikte und damit zusammenhängender Geldwäsche.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



Liebe Landsleute,

im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands heißen wir Sie herzlich willkommen. Sie haben ein schweres Schicksal erlitten, harte Entbehrungen auf sich nehmen müssen und vielfach persönliches Leid erfahren. Als Deutsche in Mittel- und Osteuropa sowie den asiatischen Gebieten der ehemaligen Sowjetunion gehören Sie zu jenen, die am längsten unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges gelitten haben. Deshalb hat Deutschland eine besondere Verantwortung für Sie und Ihre Familien.

Die CDU hat wie keine andere Partei in den vergangenen Jahren ...tese historischen Tatsachen gewürdigt und sich für Ihre Belan... eingesetzt. Besonders in der Regierungszeit von Bundes... ...der Helmut Kohl haben wir zahlreiche Möglichkeiten genutzt ...eschaffen, um Aussiedlern die Aussiedlung nach Deutsch... ...möglichen und bei anstehenden Schwierigkeiten hel... Seite zu sein.

...haben die CDU seit Ihrer Ankunft in Deutschland und wichtigen Aufgabe aktiv unterstützt. Dafür ...on ganzem Herzen.

...verständlich auch in ihrer neuen Rolle als Bund an Ihrer Seite. Wir werden Sie auch Tat unterstützen. In den Länderparlamen... ...erden wir uns auch weiterhin für Ihre ...Aussiedlerpolitik der neuen Bun... ...merksam und kritisch be...

Дорогие соотечественники,

мы сердечно приветствуем Вас от имени Христианско-демократической партии Германии (CDU). У Вас была нелегкая судьба. Вам пришлось познать тяжелые испытания и лично пережить многие трудности. Немцы по национальности, Вы относитесь к тем в Средней и Восточной Европе, а также в азиатских регионах бывшего Советского Союза, которые сильнее всего пострадали от последствий второй мировой войны. Поэтому Германия несет особую ответственность за Вас и Ваши семьи.

CDU как никакая другая партия в прошедшие годы учитывала эти исторические факты и помогала Вам в решении Ваш... проблем. Особенно при правительстве под руководств... бундесканцлера Хельмута Коля мы использовали или создавали все имеющиеся многочисленные возм... позволяющие помочь аусзидлерам осуществить ... в Германию и оказать содействие при ... проблемах и трудностях. Многие из Вас, при активно поддерживали CDU в этой ее важной ... выражаем Вам искреннюю благодарность.

Само собой разумеется, что CDU и в ... оппозиционная партия в составе фе... Вашей стороне. Мы будем и впредь ... и делом. В парламентах земель ... будем отстаив...

Wir bleiben an Ihrer Seite, Broschüre

Die neueste Auflage dieser Informationsbroschüre mit einem gemeinsamen Vorwort von Wolfgang Schäuble und Angela Merkel ist zweisprachig in deutsch und russisch gedruckt. Sie enthält nicht nur wichtige Infos über die Grundpositionen der CDU zum Thema Aussiedler sondern im Anhang auch nützliche Adressen von Institutionen, bei denen Aussiedler weitere Unterstützung und Informationen erhalten können.

Bestell-Nr.: **5331**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 39,00 DM

UiD
1/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,– DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.